

Pol. g.
1003.18

Der Staat u. d. öffentl. rechtl. Körper: bayer.

Pol. g.

Wolff

1003 ⁰⁹

Der Staat
und die
öffentlich-rechtlichen Korporationen.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
hohen juristischen Fakultät
der
kgl. b. Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen
vorgelegt von
Franz Wolff,
Kammergerichtsreferendar aus Prenzlau.

Approbiert am 22. Juli 1897.

Erlangen.
K. b. Hof- und Univ.-Buchdruckerei von Fr. Junge (Junge & Sohn).
1897.



Inhalt.

	Seite
I. Der Staat	1
II. Die öffentlichen Korporationen als Mittel zur Erreichung der Staatszwecke	16
III. Einteilung der öffentlichen Korporationen	22
IV. Die öffentlich-rechtlichen Korporationen im Besonderen	44
V. Stellung des Staates zu den Korporationen	60
A. als Polizeistaat	60
a) Die Korporationstheorie des Preussischen All- gemeinen Landrechts	62
B. als Rechtsstaat	65
b) Die Korporationstheorie des Bürgerlichen Ge- setzbuches für das Deutsche Reich	67
VI. Die verschiedenen Theorien über den Begriff der öffent- lich-rechtlichen Korporationen und ihre Prüfung .	72

Seinen teuren Eltern

in Dankbarkeit

der Verfasser.

I. Der Staat.

Wie der einzelne Mensch erst im Staate zur Person wird, so auch die privatrechtliche und nicht minder die öffentlich-rechtliche Person.

Behufs Bestimmung letzterer muss vom Staate ausgegangen werden.

Nächst der Familie ist der Staat die allgemeinste, zugleich aber auch die höchste, allumfassendste und einflussreichste aller menschlichen Einrichtungen.

Je nach der Verschiedenheit der Zustände der Völker überhaupt und zwar je nach ihrer geringeren oder höheren Entwicklung weisen auch ihre Staatsverhältnisse verschiedene Entwicklungsstufen auf.

Einige betrachten nur die höchsten Entwicklungsstufen des Lebens, andere entlehnen ihre Begriffe und Gesetze von unvollkommenen Anfängen oder von Ausartungen desselben.

Die Verschiedenheit der Begriffe und Lehren vom Staate vermehrt sich überdies durch die verschiedenen Standpunkte, von denen die Entwicklungen der einzelnen Schriftsteller ausgehen. Bloss naturgesetzliche oder historische Erfahrungssätze ohne Berücksichtigung der sittlichen Gesetze sind die Ausgangspunkte der Einen, reine Vernunftsätze aus den verschiedensten

Grundprinzipien der wechselnden individuellen philosophischen Schulsysteme die der Andern. Ohne die lebendigen, natürlichen, geschichtlichen, sittlichen Kräfte, Gesetze und Aufgaben in Betracht und Erwägung zu ziehen, konstruieren sie aus rationalistischen formalen Sätzen und Abstractionen ihre luftigen Gerüste.

Die Idee des Staates besteht darin, dass er das zum freien, sittlichen, lebendigen Gemeinwesen organisierte Volksleben bildet. Wesentlich für die Idee ist das freie Gemeinwesen, was die griechischen und römischen Schriftsteller mit den Worten *πολιτεία*, *res publica*, *societas civilis* und *civitas* ausdrücken. Es ist ein Gemeinwesen des Rechts und der Gesinnung zur Verwirklichung der höheren Menschheitsidee, der organisierte Rechts- und Kulturverein eines Volkes, das höhere Menschenleben desselben.

So kann man denn den Staat bezeichnen als den souveränen, moralischen, persönlichen, lebendigen, freien Gesellschaftsverein eines Volkes, welcher nach dem gemeinschaftlichen Verfassungsgesetz im frei konstituierten Volkskörper unter Leitung einer verfassungsmässigen und selbständigen Regierung die rechtliche Freiheit und innerhalb ihrer die Bestimmung und dadurch die Glückseligkeit aller Mitglieder erstrebt.

Einem solchen Wesen muss ein bestimmter Zweck innewohnen. Über diesen Zweck haben Staatsmänner und Philosophen die verschiedensten Ideen gehabt. Bibb!! 2 Denn der Zweck des Staates ist etwas Transcendentales, er tritt nicht äusserlich erkennbar in die Erscheinung, wie konkrete Aufgaben des Staates, deren Lösung sich letzterer unterzieht, wie vielleicht Kanal- und Eisenbahnbauten oder Kolonisationen.

Die zahlreichen Theorien, welche man über den Staatszweck aufgestellt hat, können in universelle und partikulare geteilt werden.

Die universellen Theorien identifizieren den Staatszweck im Wesentlichen mit dem Menschheitszweck, während die partikularen irgend einen einzelnen Zweck, oder in synchretistischer Verbindung mehrere besondere Zwecke als den Beruf des Staates bezeichnen.

Den universellen und partikularen reiht sich als dritte eine harmonische Theorie des Staatszweckes an, welche, fussend auf einer höheren Grundauffassung, die teilweise Wahrheit aller anderen Theorien in sich aufnimmt und einen einheitlichen Zweck feststellt, diesen aber zugleich in universelle Beziehung zum gesamten Menschheits- und Kulturzweck setzt. Eine andere Lehre verwirft dagegen für den Staat jeden bestimmten Zweck und stellt ihn einfach in den Fluss der Geschichte.

Es soll nach dieser Theorie der Zweck des Staates von Fall zu Fall durch seine historische Entwicklung gegeben sein, um mit der Fortbildung des Staates sich selbst umzubilden und zu erweitern.

Indessen verwechselt diese Anschauung die konkreten, wechselnden Aufgaben eines Staates mit dem idealen, für alle Staaten gleichbleibenden Zweck jedes Staates. Auch die Aufgaben des Staates werden durch gegebene Verhältnisse und Wesen des individuellen, das Substrat des Staates bildenden Volkes, und seine Zustände namentlich durch seine Kulturstufe bestimmt.

Allein verschieden davon ist der durch Idee und Wesen des Staates, diesen an und für sich selbst betrachtet, bezeichnete Zweck, dem sich die geschicht-

liche Entwicklung eines Staates, also die Praxis, zwar mehr oder minder annähert, den aber ein konkreter Staat, beziehungsweise die ihn bildende Nation, nur dann völlig erfüllen würde, wenn dieser Staat der beste und vollkommenste wäre. Allein ein solcher Staat ist in der Praxis der Staatsorganismen nicht erreichbar, weil er eben ein Ideal ist.

Dies darf uns indessen nicht abhalten, den Zweck eines idealen Staates richtig zu erfassen und zu bestimmen, denn das ist von eminentem praktischen Nutzen.

Deshalb ist die Bemerkung von A h r e n s ¹⁾ treffend, wenn er sagt:

„Mehr wie je ist aber eine eingehende Erörterung und scharfe Bestimmung des Staatszweckes eine dringende Aufgabe für unsere Zeit, weil auch dadurch die wichtigsten Fragen über Selbsthilfe und Staatshilfe, über das Verhältnis des Staates zu den wichtigsten Kulturgebieten, Kirche, Schule, Volkswirtschaft, eine wissenschaftliche und gute praktische Lösung finden können.“

Verfolgen wir die Pfade der Geschichte, so erfasste zuerst Plato in seiner Politie und in seinen Büchern von den Gesetzen den konstruktiven Gedanken, dass der Staat sich zu den Bestrebungen seiner Bürger verhalte, wie ein Mensch zu den verschiedenen Begehungen und Bestrebungen in ihm selbst. Plato's Staat ist der durch die Bürger zu einer grossen Lebens-

1) Recht und Rechtswissenschaft im Allgemeinen. Rechtsphilosophische Einleitung in v. Holtzendorffs Encyklopädie der Rechtswissenschaft I S. 59.

ordnung gewordene Mensch, und die Stände des Staates sind die zu Lebensordnungen gewordenen Teile der Seele.

Diese und die Stände des Staates vollenden sich in denselben Tugenden, die Vernunft und die Regierenden in der Weisheit, der Mut und die Krieger in der Tapferkeit, die Begierden und die Erwerbenden in der Mässigung, und alle durch das Ganze in der Gerechtigkeit.

Die Charaktere der Verfassungen sind wie der Charakter eines Menschen, beide sind in Wechselwirkung begriffen. Sie entarten mit psychologischer Notwendigkeit, wenn sie einmal von dem an sich Guten, von dem Gehorsam der Begierden und des Mutes gegen die Vernunft, von dem Gehorsam der Erwerbenden und Krieger gegen die Regierenden selbstsüchtig abgefallen sind.

Plato's Politie mit ihren drei unausgeglichene Ständen ist längst als hart und einseitig befunden worden.

Aber der erhabene Grundgedanke, der Staat sei ein Mensch¹⁾ im Grossen, ist doch das geistige Eigentum des tiefphilosophischen Plato, und es leuchtet der hellenische Weise in der ethischen Betrachtung der

1) So konnte denn auch Schiller, ein dem Plato in der Richtung auf das Ideale nahverwandter Genius, schreiben:

„Der reine Mensch, der sich, mehr oder weniger deutlich, in jedem Subjekt zu erkennen giebt, wird repräsentiert durch den Staat, die objektive und gleichsam kanonische Form, in der sich die Mannigfaltigkeit der Subjekte zu vereinigen trachtet.“

(Briefe über ästhetische Erziehung. 1795 vierter Brief.)

Politik allen voran, wie er diese in den „Gesetzen“ mit den knappen Worten fixiert: „δεῖ δὲ αὐτὴν (scilicet τὴν πόλιν) καθάπερ ἓνα ἄνθρωπον, ζῆν εὔ.“

Der verstandesscharfe praktische Aristoteles räumt ebenfalls bei Bestimmung des Begriffs und Zwecks des Staates der Ethik die ihr gebührende Stellung und den erforderlichen Einfluss ein. Nach ihm haben die Menschen für sich und die Menschen in der Gemeinschaft dasselbe Ziel, und der beste Mann und die beste Verfassung haben dieselbe Begriffsbestimmung.

Der Trieb zur Autarkie ist nach ihm der Trieb zur Staatsbildung, welcher seinen Antrieb in dem Notbedarf, aber sein Ziel in der Vollendung des Lebens hat.

Der Staat entsteht des Lebens wegen, aber er besteht des vollkommenen Lebens wegen. Er ist ein höheres und freieres, zugleich aber wahrhaft lebendiges Ganzes, durchdrungen, beseelt und beherrscht durch ein inneres selbständiges Lebensprinzip, eine wahre, höhere Lebenskraft (*βίος πόλεως*).

Wer sich selbst genug ist und keinerlei Bedürfnisse empfindet, kann kein Glied einer Gemeinschaft, kein Teil eines Staates sein, sondern ist entweder ein Tier oder ein Gott. In seiner Vollendung ist der

Vergl. Trendelenburg. Naturrecht auf dem Grunde der Ethik § 151 S. 331: „Es bleibt doch der seines Zweckes sich bewusste und seiner Sinne mächtige, der seine Triebe beherrschende und nach aussen starke, der in sich übereinstimmende und in seinen Thätigkeiten glückselige Mensch das Mass und das Vorbild des Staates.“

Mensch das beste Geschöpf; getrennt von Gesetz und Recht ist er das verworfenste, behaftet mit allen nur denkbaren Lastern. Der Mensch ist ein zum Staate bestimmtes Geschöpf, ein ζῷον πολιτικόν, und der Staat ist für ihn das Erste. Der Staat ist das Ganze, der Mensch ein Teil desselben, und das Ganze ist vor den Teilen.

Ist das Ganze zerstört, so haben auch die Teile ihre Existenz eingebüsst und bestehen nur noch dem Namen nach. Für Aristoteles ist die sittliche Vollendung das eigentliche agens, der innere Zweck von Menschen und Staat, welches die Gemeinschaft des vollendeten Lebens sowohl für die Häuser als für die Geschlechter zur Erreichung eines vollkommenen und sich selbst genügenden Lebens beseelt.

Über den blossen Rechtsschutz hinausgehend, ist der Staat auf die Tugend gerichtet, und somit muss ihm die Kraft innewohnen, die Bürger gut und gerecht zu machen. —

Gegen diese Theorie lässt sich kaum ein anderer Einwand erheben, als dass Aristoteles von der sittlichen Vollendung gewisse Kategorien (Landbauer, Handwerker und Sklaven) ausschliessen wollte, und zwar aus hier nicht zu erörternden Gründen, weil wir nur den guten Kern der Lehre betrachten.

Gerade die ideale Höhe, zu welcher sich die Staatslehre des Stagiriten aufschwingt, zeigt uns den gähnenden Abstand von der Wirklichkeit, und ein Blick in das Getriebe der europäischen Kulturstaaten lehrt uns, wie wenig dieselben dem Aristotelischen Ideal nahe gekommen sind.

Auf seinem historisch-philosophisch-analytischen

Wege fand Aristoteles als Wesen des Staates eine freie Gesellschaft von freien und gleichen Staatsbürgern, als Staatszweck das Wohl oder die Glückseligkeit aller Bürger durch die Tugend, als Grund- oder Verfassungsgesetz die Gerechtigkeit. Sie gilt ihm als das Grundgesetz des gesellschaftlichen Lebens. Nur sie kann die ruhige und feste Ordnung der Dinge erhalten.

Gleich Aristoteles fassten auch die Stoiker, Cicero und jene echt staatsmännischen, praktischen Meister der klassischen Jurisprudenz und mit ihnen auch alle besseren Staatslehrer der germanischen Völker, noch Thomasius miteinbegriffen, den Staat als höheres, lebendiges Ganzes mit drei, Geist, Leib und Seele des einzelnen Menschenlebens analogen Bestandteilen (Grundprinzip, Volkskörper, Regierung) auf.

Auch in Hegel's Bestimmung des letzten Wesens des Staates herrscht die antike Anschauung, wenn er definiert ¹⁾:

„Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee, der sittliche Geist, als der sich offenbare, sich selbst deutliche substantielle Wille, der sich denkt und weiss und das, was er weiss, und insofern er es weiss, vollführt. Der Staat ist die Wirklichkeit der konkreten Freiheit und als Wirklichkeit ein Individuum.“

Hegel sucht die Identität der Vernunft und des Willens in dem wirklichen Staat, eine allgemeine Anschauung, welche durch ihre Wahrheit besticht. Allein ihre Begründung, einseitig geschöpft aus der Logik

1) Zitat aus Hegel's Rechtsphilosophie (1821) bei Trendelenburg a. a. O. § 151 S. 339.

unter Beiseitelassung der ethischen und organischen Motive, ist bei Hegel ungenetisch, indem er das Moralische und Sittliche aus dem Recht ableitet, anstatt umgekehrt letzteres aus jenem.

Dagegen macht sich nicht sowohl solcher verfehlten dialektischen Begründung, als vielmehr des Fehlers der Einseitigkeit Kant¹⁾ schuldig. Nach ihm ist der Staat die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.

Das Recht wird seinem Begriffe nach folgendermassen konstruiert und daraus das Prinzip rechtlicher Gleichheit abgeleitet:

„Da alles Recht bloss in der Einschränkung der Freiheit jedes anderen auf die Bedingung besteht, dass sie mit der meinigen nach einem allgemeinen Gesetz zusammenbestehen könne, und das öffentliche Recht (in einem gemeinen Wesen) bloss der Zustand einer wirklichen, diesem Prinzip gemässen und mit Macht verbundenen Gesetzgebung ist, vermöge welcher sich alle zu einem Volk gehörige als Unterthanen in einem rechtlichen Zustand (*status juridicus*) überhaupt, nämlich der Gleichheit der Wirkung und Gegenwirkung einer dem allgemeinen Freiheitsgesetze gemäss einander einschränkenden Willkür (welcher der bürgerliche Zustand heisst) befinden, so ist das angeborene Recht eines jeden in diesem Zustande (d. i. vor der rechtlichen That derselben) in Ansehung der Befugnis, jeden andern zu zwingen, damit er immer innerhalb den Grenzen der Einstimmung

1) Kant, *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre* § 45.

des Gebrauchs seiner Freiheit mit der meinigen bleibe, durchgängig gleich¹⁾“.

Die Rechtsgesetze haben in Kant's Sinne keinen anderen Inhalt, als was sich aus dem in seinem Begriff des Rechts enthaltenen formalen Verhältnis der Einzelnen ableiten lässt, wie z. B. das Recht des Eigentums und der Verträge.

Da Kant nach dem seiner ganzen Betrachtung zu Grunde gelegten Begriffe des Rechts von den im Staate verbundenen Individuen ausgeht, so ist ihm der Staat eine öffentliche Rechtsanstalt der persönlichen Sicherheit und Freiheit, sowie der Rechte und des Eigentums²⁾.

1) Immanuel Kant. Zwo Abhandlungen über moralische und politische Gegenstände.

II. Vom Verhältnis der Theorie zur Praxis im Staatsrecht (gegen Hobbes) S. 56 ff.

2) Vergl. besonders die in voriger Note genannte Abhandlung II (Vom Verhältnis der Theorie zur Praxis im Staatsrecht) a. a. O. S. 74 75, wo Kant ausführt:

„Der Satz *salus publica suprema civitatis lex est*, bleibt in seinem unverminderten Wert und Ansehen, aber das öffentliche Heil, welches zuerst in Betracht zu ziehen steht, ist gerade diejenige gesetzliche Verfassung, die jedem seine Freiheit durch Gesetze sichert, wobei es ihm unbenommen bleibt, seine Glückseligkeit auf jedem Wege, welcher ihm der beste dünkt, zu suchen, wenn er nur nicht jener allgemeinen gesetzmässigen Freiheit, mithin dem Recht anderer Mitunterthanen Abbruch thut. Wenn die oberste Macht Gesetze giebt, die zunächst auf die Glückseligkeit (die Wohlfahrt der Bürger, die Bevölkerung u. dgl.) gerichtet sind, so geschieht dies nicht als Zweck der Errichtung einer bürgerlichen Verfassung, sondern als Mittel, den rechtlichen Zustand vornehmlich gegen äussere Feinde des Volkes zu sichern.“

Dieser Zweck des Kant'schen Staates als eines Rechtsstaates ist zu eng und einseitig; bei der unzureichenden Begriffsbestimmung des Rechts findet die Ethik und deren notwendiger Zusammenfluss mit dem Recht¹⁾ nicht ihre Rechnung.

Derselbe Vorwurf muss dem auf Kant fussenden Rechtsstaate²⁾ gemacht werden, wie er von Welcker³⁾ konkretere Ausprägung gefunden hat, indem er die

1) Vergl. die Definition bei Trendelenburg, Naturrecht § 46 S. 83: „Das Recht ist im sittlichen Ganzen der Inbegriff derjenigen allgemeinen Bestimmungen des Handelns, durch welche es geschieht, dass das sittliche Ganze und seine Gliederung sich erhalten und weiter bilden kann.“ —

Ferner: „Alles Recht, sofern es Recht und nicht Unrecht ist, fließt aus dem Trieb, ein sittliches Dasein zu erhalten.“ —

2) Mit dem Worte Rechtsstaat ist nicht, „wie es das Wort auszudrücken scheint, eine Einzelinstitution gemeint, sondern ein Grundcharakter unserer auf das Einzelne gerichteten Rechtsbildung.“ Gneist. Der Rechtsstaat S. 7. — „Rechtsstaat ist ein Staat, der sich selbst nicht über, sondern in das Recht stellt, ein Staat, der in seiner gesamten positiven Lebens-thätigkeit gleich dem Einzelnen frei, aber gleich dem Einzelnen nur gesetzlich frei und also durch die Schranke des Rechts gebunden ist, ein Staat in dem alles öffentliche Recht ganz wie das Privatrecht durch und durch als Recht im vollen Sinne anerkannt wird, und daher vor allem auch des ihm heute bei uns noch versagten gerichtlichen Schutzes genießt. Die Forderung eines derartigen Rechtsstaates aber setzt unabweislich die Überzeugung von der Ebenbürtigkeit des Rechts mit dem Staat voraus.“ Gierke in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXX S. 184.

3) Welcker in seinem Artikel „Staatsverfassung“ in v. Rotteck und Welckers Staatslexikon XII. Vergl. auch: Welcker, System der Rechts-, Staats- und Gesetzgebungslehre.

Kant'sche abstrakte Theorie mit praktischem Inhalt füllte.

Aber Kant sowohl wie Welcker und viele andere ¹⁾ welche sich mit der Behandlung der Theorie des Rechtsstaates befasst haben, ziehen den Staat unter dem Zweck des Rechts zu sehr nach den Individuen hin, damit er lediglich ihrer Freiheit, ihrer Ausbildung und Glückseligkeit diene ²⁾.

1) So O. Bähr, der Rechtsstaat, eine publizistische Skizze. Derselbe stellt aber doch die richtige Forderung, dass der Staat das Recht überall zur Grundbedingung seines Daseins habe, und die Einhaltung der Rechtsgrenzen zu Gunsten der Unterthanen rechtlich sicher stelle und gewährleiste. Besonders S. 45—77.

Der von Stahl sogenannte und entwickelte Rechtsstaat (Stahl, die Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht Bd. II. Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. Abt. II S. 137 ff.) ist eine blosse Karrikatur des Rechtsstaates, indem Stahl dem Absolutismus unter klugen Sophismen die weitesten Hinterthüren öffnet. Silvester Jordan und andere vormärzliche Schriftsteller finden den Zweck des Staates in der Verwirklichung der Herrschaft des Rechtsgesetzes (vergl. Jordan, Lehrbuch des allgemeinen und deutschen Staatsrechts § 34 S. 40). Aber dies allein wäre denn doch eine zu schwächliche Aufgabe, vielmehr ist sie nur das Mittel zu einem andern Endzweck, nicht aber Selbstzweck.

2) Nach v. Sarwey (das öffentliche Recht und die Verwaltungsrechtspflege S. 12) soll der Grundfehler der dem Kant'schen Staatsbegriff folgenden Schule des vormärzlichen Liberalismus (Rotteck, Welcker) in dem Versuche liegen, den Staat aus dem Rechtsbegriffe zu konstruieren, während umgekehrt der Rechtsbegriff nur aus dem Staate konstruiert werden könne. Man kann dieser Behauptung indessen nur teilweise zustimmen. Vermochte die frühere Theorie nicht dem

Das Recht soll diese anerkennen und nur eingreifen, wo die Willkür des einen die Willkür des andern bedroht. Damit ist aber der Begriff des Staates und sein Zweck viel zu dürftig aufgefasst¹⁾. Es ist dabei ferner nicht nur die Wohlfahrt des Einzelnen zu sehr in den Vordergrund gerückt, sondern auch die Wohlfahrt des Staatsganzen nicht beachtet.

Als die richtige Lehre des Staatszweckes dürfte die folgende zu betrachten sein:

In der weit verbreiteten Ansicht, welche dem

Wesen des Staates zu genügen, so verstösst die v. Sarwey'sche gegen das Wesen des Rechts und des Staates.

Gierke („Grundbegriffe des Staatsrechts und die neuesten Staatsrechtstheorien“ in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXX S. 181) nennt sie eine öde, trostlose und leere Theorie, weil sie die ganze Rechtswissenschaft zu einem würdelosen Handwerk degradiere und sich mit der nichtigen Formel begnüge, unter Recht seien die vom Herrscher für die Beherrschten aufgestellten Verhaltungsmassregeln zu verstehen. Vergl. auch E. Mayer: „Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts und die moderne Staatslehre“ in Hirths Annalen 1887 S. 550 ff.

1) Vergl. die Kritik von Trendelenburg a. a. O. § 151 S. 335:

„In einem solchen Rechtsstaat der egoistischen Individuen ist hingebende Vaterlandsliebe und Heldenmut nicht zu begreifen. In einem Rechtsstaat, der nur den Zweck hat, Leben und Eigentum der Einzelnen zu sichern, wird das Recht des Krieges, der beide in die Schanze schlägt, folgerechter Weise zum Unrecht. Das Ganze hat kein eigenes Zentrum und es wohnt kein Gedanke in dem Staat als solchem. Die geschichtliche Person des alle umfassenden Staates, welche durch die Jahrhunderte ihren grossen Weg geht, droht zu zerfallen.“

Staat einen doppelten Zweck, den Rechts- und Wohlfahrtszweck beimit, ist allerdings die zutreffende Erkenntnis ausgesprochen, dass die Satzung und Handhabung der Rechtsordnung nicht der einzige Beruf des Staates sein kann, sondern dass letzterer noch ausserdem Kultur- und Wohlfahrtsaufgaben nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die Ganze in den Bereich seiner Wirksamkeit ziehen soll.

Allein es dürfen nicht in rein mechanischem Synchretismus dem Staat die beiden Zwecke des Rechts und des Wohles als zwei neben einander liegende Funktionen verschiedener Richtung und Umfanges imputiert werden. Denn sonst möchten diese beiden Sphären in der Praxis leicht mit einander in Widerstreit geraten.

Dazu kommt, dass das Staatswohl eine verschwimmende Abstraktion ist, welche erst dann Körper gewinnt, wenn man die religiösen, sittlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Güter bestimmt, an welche sich das Prinzip des Wohles und der Wohlfahrt anzuheften hat.

Alsdann aber würde wieder die Rechtsordnung des Staates in das richtige Verhältnis zu dem gesamten Güterleben in seinen verschiedenen Gebieten zu setzen sein.

Deshalb ist ein einheitliches Prinzip als universeller Zweck des Staates, nicht aber ein Doppelzweck anzunehmen, und bei der Konstruktion dieses Prinzips darf die Rechtsordnung nicht fehlen. Jedoch handelt es sich darum, ihr die richtige Stellung und Richtung innerhalb des Staatszweckes zu gewähren.

Dies geschieht wenn man mit Ahrens¹⁾ die Rechtsordnung in folgendes Verhältnis zur allgemeinen Humanität und Kultur setzt.

Der Staat ist Rechtsordnung, Rechtsstaat, er hat aber durch das Recht das gesamte menschheitliche Kulturleben innerhalb eines Volkes zu ordnen²⁾ und deshalb ist der Staat Humanitäts- und Kulturstaat. Sein nächster unmittelbarer Zweck ist das Recht, welches als Nervensystem mit allen anderen organischen Systemen und Funktionen des Volks- und Kulturlebens in aktueller Beziehung steht.

Der Endzweck des Staates aber ist humane Kultur, die von dem Staate durch das spezifische Mittel des Rechts erstrebt werden soll. Denn menschliche Bildung ist überhaupt der gemeinsame Endzweck für alle Lebenskreise und die im Staate vorfindlichen Gliederungen selbst, für Religion und Kirche, für Wissenschaft und Kunst.

So fördert der Staat durch das Mittel des Rechts die menschliche Bildung, die Humanität und Kultur.

Das Recht ist bei Erfüllung des Staatszweckes oberstes Ordnungsprinzip und giebt sich als solches in vier Funktionen kund, wenn ordnen bedeutet: in einer ethischen Gemeinschaft oder einem Ganzen die Wechselbeziehungen aller Teile oder Glieder unter einander und mit dem Ganzen zu bestimmen, und zwar

1) Ahrens a. a. O. Recht und Rechtswissenschaft S. 60 f.

2) Dies ist aber nicht so aufzufassen, dass man den Staat, wie z. B. Lasson in seinem System der Rechtsphilosophie S. 287 will, als Zwangsanstalt zu dem alleinigen Zweck der Rechtserhaltung gelten lässt.

Haenel, Deutsches Staatsrecht I S. 110.

- a) nach den Bedingungen des selbständigen Daseins und der Selbstbestimmung,
- b) nach den Bedingungen der gegenseitigen Beschränkung in der Koexistenz,¹⁾
- c) nach den Bedingungen der gegenseitigen Förderung oder Assistenz,
- d) nach den Bedingungen der Leitung einer das Ganze repräsentierenden Zentralmacht.

Wenn so der Staat als Humanitäts- oder Kultur-Rechtsstaat aufgefasst wird, so ist damit auch der ethischen Seite des Staatszweckes genügt, denn jede Kultur und Humanität hat als ethisch zu gelten.

Es liegt ausserhalb unserer Ziele, die unbestrittenen Richtungen der Freiheit und Koexistenz aller Lebenskreise zu erörtern. Dagegen ist zu prüfen, nach welchem Prinzip der Staat jene fördern soll.

II.

Die öffentlichen Korporationen als Mittel zur Erreichung der Staatszwecke.

Behufs Erreichung seiner Zwecke muss der Staat nach Mitteln suchen, die dies ermöglichen. Diese Mittel sind verschieden.

Eines der hervorragendsten sind die öffentlichen Korporationen, welche, mit dem staatlichen Organismus verknüpft, besondere öffentliche Rechte und Pflichten besitzen, gleichwohl aber einem

1) Das Kant'sche Koexistenzialprinzip, welches Kant aber fehlerhafter Weise den ganzen Staatszweck überschatten lässt.

mehr oder minder intensiven Mitbestimmungsrecht des Staates unterliegen.

Als Träger der höchsten rechtlichen Willensmacht alles Gemeinlebens reguliert und beaufsichtigt der Staat diese für ihn wirkenden Organe, ohne indessen in die Sphäre ihrer Thätigkeit derartig einzugreifen, dass er ihrer körperschaftlichen Selbständigkeit Abbruch thäte oder das Funktionieren ihrer Privilegien unterbände, in deren freien Ausübung gegenüber den Privatkörperschaften die mehr oder minder bezeichnenden Symptome der öffentlich-rechtlichen Qualifikation zu finden sind. / 2

Man kann nun die Frage aufwerfen, aus welchem Grunde und aus welchen Motiven der Staat eine solche künstliche Trennung seiner Rechtssubjektivität vorzunehmen habe, und weshalb er nicht als alleiniger absoluter Selbstbestimmungsfaktor seine ganze physische Kraft dafür einsetzt, seine Ziele allein zu erreichen und direkt und ausschliesslich die den Körperschaften anvertrauten Rechte und Interessen handhabt, ohne sich jener Zwischenorgane zu bedienen, deren Mitarbeiterschaft immerhin nur in peripherischen Momenten, aber nicht auf einem einheitlichen Zentralprinzip beruht.

Diese Frage wird beantwortet mit Beantwortung der andern Frage, nach welchem Prinzip der Staat die Förderung aller Lebenskreise und Gliederungen, welche er als Ganzes umfasst, unternehmen soll.

Der Staat soll sich seiner Rechtsmacht nur insoweit bedienen, als hierin kein Eingriff in die kausalen Kräfte und Triebfedern zu finden ist, welche sich in

den verschiedenen Lebens- und Kulturgebieten geltend machen.

Er soll, wie es der Idee des Rechts entspricht, die Notwendigkeit einer irgendwie gearteten Abgrenzung seiner Willenssphäre von derjenigen jener so mannigfachen Kulturgebiete anerkennen und nicht etwa in einer gewaltsamen Gestaltung ihrer Organisation der Weisheit letzten Schluss erblicken. Der Staat soll nicht selbst als kausale, produktive Macht auftreten, er soll nicht selbst Ackerbau, Handel und Gewerbe treiben, er soll kein Dogma, keine Lehre oder Methode in der Wissenschaft aufstellen oder mit Zwang durchsetzen, sondern nur die Wechselverhältnisse richtig ordnen.

Er soll unter gewissen Voraussetzungen die vielleicht seinem Haupte entspringenden, der allgemeinen Wohlfahrt dienenden Ideen in einer andern Hand sich verwirklichen und ihren Entwicklungsgang nehmen lassen, um als Träger der Souveränität seine Aufsicht über ihre Realisation zu üben.

Diese negative Forderung für die selbständige Ausgestaltung gewisser Ideen des Staates bedingt die positive, dass zu diesem Zwecke gewisse Wesenheiten geschaffen werden müssen, die, dem Staate rechtlich nahe stehend, sich gewissermassen als Teile und Glieder seines Organismus charakterisieren.

Je nach Bedürfnis hat der Staat Bestimmungen zu treffen, welche dem Wirken dieser Wesenheiten förderlich sind, und durch seine Gesetzgebung die Hindernisse hinwegzuräumen, welche hemmend auf die Lebens- und Kulturverhältnisse einwirken, die die Domäne der Thätigkeit jener Wesenheiten bilden.

Der Staat würde vielleicht selbst die direkte Herrschaft auf diesen Gebieten ausüben und als Selbstordner in die dort geltende Interessensphäre eingreifen können, allein von verschiedenen Gesichtspunkten aus empfiehlt sich eine solche Selbstthätigkeit nicht.

Er hat sich damit zu begnügen, ein Aufsichtsrecht über die Handhabung der Rechte und Erfüllung der Pflichten der diese Gebiete regulierenden Organe auszuüben.

Ein eklatantes Beispiel für diese Beschränkung der Staatsbefugnisse bieten die Universitäten. Da der Mensch nur durch Unterricht und Erziehung wahrhaft Mensch wird, so findet sich überall, wo das zivilisierte Leben oder die Kultur im eigentlichen Sinne sich entwickelt hat, dem Gesetze der Teilung der Arbeit gemäss, als eine eigentümliche Seite des Volks- und Staatslebens die Sorge für geistige Bildung, und so entstehen überall Lehranstalten verschiedener Art, um technische, religiöse, sittliche Kenntnisse zu erhalten und zu verbreiten. Diese Lehranstalten oder Universitäten waren, um Herders treffenden Ausdruck zu gebrauchen, stets ein Freistaat im Staate, indem auf ihnen die Wissenschaften eine Ehre und Sicherheit fanden, die sie sonst nicht gehabt hätten.

Die Universitäten als Repräsentanten der gesamten geistigen Kultur und als die höchsten geistigen Tribunale, von welchen wissenschaftliche Probleme und Kontroversen ihre letztinstanzliche Entscheidung erfahren, bilden freie, in Bezug auf ihre inneren Angelegenheiten selbständige Vereine, die in dem System der ganzen staatbildenden Gesellschaft als eine der

höchsten Korporationen¹⁾ erscheinen und in der Regel auch als solche positiv rechtlich anerkannt werden.

1) Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts I S. 430: „Die Universitäten, welche ursprünglich Korporationen waren, sind in der Gegenwart Anstalten, ebenso wie manche Bruderschaften zu Stiftungen geworden sind.“ —

Als Anstalten bezeichnet Gierke in seinem Artikel „Juristische Person“ in v. Holtzendorffs Rechtslexikon II 422 „eine von aussen für irgend einen rechtlichen Verband konstituierte Einheit . . . ihr belebendes Prinzip ist ein von einem ausser ihr stehenden Willen abgezweigter und individualisierter Teilwille; ihre Persönlichkeit ist den durch sie verbundenen Personen nicht immanent, sondern transcendent.“ —

v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts II S. 245: „Unter den Korporationen findet sich der Unterschied, dass einige eine künstlich ausgebildete Verfassung haben, wie Stadtgemeinden und Universitäten (wo dieselben Korporationen waren oder noch sind)“.

Gierke, Genossenschaftsrecht III S. 817: „Von allen Verbänden haben die Universitäten am kräftigsten sich auch nach der Reformation korporative Elemente gewahrt.“ — „Mehr und mehr werden sie als öffentliche Anstalten in korporativem Gewande behandelt.“ Vergl. auch Gierke, Genossenschaftstheorie S. 155. 166.

Gierke, Genossenschaftsrecht II (Geschichte des deutschen Körperschaftsbegriffes) S. 972: „Ebenso verbanden sich von Anfang an in den Universitäten und ihren Teilverbänden korporative und anstaltliche Elemente.“

Gierke, Privatrecht I S. 637: „Universitäten sind Landesanstalten mit eigener Persönlichkeit.“ G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts S. 258: „Die Universitäten waren ursprünglich Korporationen, welche sich selbst regierten. — Mit dem Erstarken der landesherrlichen Gewalt wurden sie mehr und mehr zu staatlichen Anstalten herabgedrückt.“

Nach dem Preuss. Allg. Landrecht II. 12. §§ 54. 67 haben

Uneingeengt von Polizeigesetzen und administrativer Willkür entzogen, erscheint an ihren Stätten die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre (Artikel 20 der Preussischen Verfassung). Kein bestimmtes wissenschaftliches System, das etwa vom Staate vorgeschrieben wäre, greift in dem akademischen Wirkungskreis der Lehrenden Platz. Sie lehren nur das, was sie nach ihrer eigenen Prüfung als das Wahre und Richtige erkennen.

Schon aus diesem Grunde ragen sie weit über solche Schulen hervor, in welchen die Selbständigkeit der Wissenschaft in dem Belieben der Staatsgewalt ihren Regulator findet.

Diese Selbständigkeit und ihren mächtigen Einfluss verdanken die Universitäten stets nur ihrer Korporativverfassung. Nur durch diese war es auch früher möglich, dass die Universitäten in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten zu allen wichtigen Reichs-, Stände- oder Ratsversammlungen und zu allen Provinzial- und Nationalsynoden und endlich auch zu allen allgemeinen Konzilien berufen wurden, und dass sie theils als Gesetzgeber, theils als Schiedsrichter zwischen der höchsten geistlichen und weltlichen Macht jederzeit eine Hauptrolle spielten.

Zwar hat es in der Neuzeit nicht an Beispielen gefehlt, in welchen staatlicherseits die akademische

die Universitäten die Rechte der Korporationen. Vergl. Förster-Eccius, Preuss. Privatrecht IV S. 702.

Dass sie hier lediglich Anstalten seien, ist eine irrige Annahme Gierkes in seinem Privatrecht I S. 474 Note 3. Auch in Bayern gelten sie als Korporationen (Seydel, Bayrisches Staatsrecht VI S. 476).

Lehrfreiheit in ihrer Selbständigkeit und Unbeschränktheit einzuengen versucht worden ist, allein einem solchen Rückschritt in der Kultur ist noch immer durch eine energische Opposition der Korporationsmitglieder in erfolgreicher Weise entgegengetreten worden.

Es ist für den Staat ein unabweisliches Gebot, sich jeder Veranlassung zu enthalten, welche Mißtrauen gegen Massnahmen im Gefolge haben könnte, durch die die Autorität der Lehrkorporationen bedroht wird, denn durch dieses Mißtrauen vernichtet er das Wachstum der Wissenschaften, deren Hüter und Pfleger er sein soll, und erschüttert deren Grundfesten.

III.

Einteilung der öffentlichen Korporationen.

Betrachten wir nunmehr die einzelnen Körperschaften, wie sie uns im Reichs- und Landesrecht entgegentreten, so zerfallen dieselben in eigentliche Körperschaften und Anstalten.

Die Körperschaften stellen sich als ein Verband mit einer in ihm entstandenen Persönlichkeit dar, deren Seele ein einheitlicher Gemeinwille, deren Körper ein Vereinsorganismus ist.

Die Anstalt dagegen ist ein Verband mit einer von dritter Hand ihm eingepflanzten Persönlichkeit, ihre Seele ist ein einheitlicher Stiftungswille, ihr Körper eine organische Einrichtung, vermöge deren Menschen fortgesetzt diesem Willen dienstbar werden.

Die öffentliche Anstalt geht ihren eigenen Gang. Die in ihren Interessen und in ihrer Person mit ihr

in Berührung Tretenden sind nur Objekte für sie ohne bestimmende Einwirkung. Während der Zweck und Wille der Körperschaft ihr immanent ist, ist er der Anstalt transcendent.¹⁾

An der Spitze aller Verbandskörperschaften steht

I. Der Staat.

Seine Interessen und besonderen rechtlichen Verhältnisse bestimmen und durchdringen das öffentliche Recht und zwar in dreierlei Formen, in völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und privatrechtlicher.

Als Inbegriff der Staatseinkünfte bezeichnet man ihn als Fiskus, wobei er als Rechtssubjekt und moralische Person gedacht, jedoch nicht vollkommen identisch mit den Beamten, Kollegien, Stationen ist, welche die verschiedenen Staatseinkünfte verwalten, und die ihn nicht dergestalt repräsentieren, dass alles, was sie thun und unterlassen, seiner Persönlichkeit so beigemessen werden kann, als ob er es selbst gethan und unterlassen hätte.

Insoweit seine privatrechtliche Form in den Vordergrund tritt, werden die in seinem Namen vorgenommenen Handlungen von privatrechtlichen Grundsätzen beherrscht.

In Deutschland teilt sich der Fiskus in den Reichs- und Landesfiskus, und zwar hat jeder Staat seinen Fiskus. Auch Elsass-Lothringen hat einen solchen.²⁾

1) Gierke, Privatrecht I S. 474. Gierke, Genossenschaftsrecht II §. 37.

2) Laband, Staatsrecht des deutschen Reiches I S. 695 f.

II. Die kirchlichen und staatlichen Gemeinden.

1. Dass die kirchlichen Gemeinden als öffentliche Korporationen zu gelten haben, ist häufig anerkannt,¹⁾ aber anderseits auch wieder bestritten worden.²⁾ Es kann zwar nicht geleugnet werden, dass die religiösen Vereinigungen unter gewissen Voraussetzungen in das Gebiet des freien Vereinswesens fallen, allein vermöge ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung, welche ihnen innewohnt, und mit Rücksicht darauf, dass sie der staatlichen Aufsicht und Gewalt in der Art unterworfen sind, dass sie gewissermassen die Qualität von mittelbaren Staatsbeamten besitzen,³⁾ müssen sie nach unserem Ermessen zu den öffentlichen Genossenschaften gezählt werden. Im Allgemeinen Preussischen Landrecht werden Kirchengesellschaften und geistliche Gesellschaften von einander geschieden, und zwar gelten nur diejenigen als privilegierte Korporationen, die vom Staate eine ausdrückliche Aufnahme erfahren haben. (Allgemeines Landrecht II. 11 § 17. Religionsedikt vom 9. Juli 1788.) Zu ihnen zählen a) die protestantischen Kirchengesellschaften des Augsburgischen und reformierten Glaubens-

1) Insbesondere von Hinschius, allgemeine Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts I S. 363 ff.

Gierke, Privatrecht I S. 622.

2) Rosin, das Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 35. Haenel, Deutsches Staatsrecht I S. 150 ff..

3) Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte S. 261.

bekenntnisses und die Union; b) die katholische Kirche. Korporationsrechte haben noch, ohne indessen als privilegierte Korporationen zu gelten: c) die Gemeinde der Herrnhuter, Mennoniten- und Baptistengemeinden und Synagogengemeinden.

2. Die staatlichen Gemeinden.

Dass dieselben sich als öffentliche Körperschaften charakterisieren, kann nicht zweifelhaft sein,¹⁾ auch wenn sie in gewissen Punkten von ihnen abweichen.

Das Wesen der Gemeinde besteht nach Gierke²⁾ darin, dass die Gemeinde in sich die doppelte Funktion vereinigt, Glied eines höheren Organismus und Organismus für sich zu sein.

Diese doppelte Funktion hat die Gemeinde in allen ihren einfachen und zusammengesetzten Erscheinungsformen (Sammtgemeinden, Kreise, Provinzen) mit den einem Gesamtstaat angehörigen Gliedstaaten gemein.

Die Thätigkeit der Gemeinde wird staatlicherseits kontrolliert, ihre Pflichten sind genau präzisiert, und zwar sind dieselben öffentlich-rechtliche. Als ver-

1) Schulze, Preuss. Staatsrecht II S. 78.

Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts I S. 451
500 ff.

Rosin in Hirths Annalen 1883 S. 285 ff 291 ff.

Derselbe, Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 24 ff.

Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht II S. 383.

v. Sarwey, Allgemeines Verwaltungsrecht in Marquard-
sens Handbuch I S. 451.

2) Gierke, Art. „Gemeinde“ in v. Holtzendorffs
Rechtslexikon II S. 42, vergl. auch Gierke, Privatrecht I
S. 602 ff.

mögensrechtliches Subjekt findet ihr Vermögen nach zwei Richtungen hin Verwendung, nämlich zum Zwecke der Allgemeinheit und zum Schutze der einzelnen Gemeindemitglieder. Da nun gerade in dem Punkte der Charakter der öffentlich-rechtlichen Korporationen bei ihnen zu finden ist, dass sie ihre Aufgaben und Pflichten in einem gewissen Verhältnisse zum Staate erfüllen, so kann der Ansicht Lönings¹⁾ nicht beigetreten werden, dass sie lediglich Organe des Staates darstellen und nur staatliche Funktionen ausüben.

Diese Ansicht beruht auf einem Verkennen der eigenen Rechtspersönlichkeit der Gemeinden, welche einen durchaus eigenen Wirkungskreis erfüllen und keineswegs bloss im Dienste des Staates stehen, um dessen Aufgaben zur Ausführung zu bringen.

Das Urbild der Gemeinde ist die Ortsgemeinde. Die früher für das Privatrecht überaus wichtige Unterscheidung der Ortsgemeinden in Städte und Landgemeinden hat im wesentlichen heut nur noch öffentlich-rechtliche Bedeutung.

Das Allgemeine Preussische Landrecht handelt ausdrücklich von dem Gemeinwesen der Städte und der Landgemeinden II. 7 Abschnitt 2, II. 8 Abschnitt 2.

Man unterscheidet in Preussen als zu den kommunalen Verbänden gehörig 1. Provinzen, 2. Kreise, 3. Amtsbezirke, 4. Stadt- und Landgemeinden. Während die Provinzen in den alten landrechtlichen Gebieten

1) Löning, Deutsches Verwaltungsrecht S. 32. 33. 154. 180. Vergl. auch Rosin, Souveränität, Staat, Gemeinde, Selbstverwaltung S. 57.

mit Ausnahme von Posen zur Zeit als Kommunalverbände der gesetzlichen Regelung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 unterstehen, also lediglich als Staatsverwaltungsbezirke zu gelten haben, gelten die Kreise zugleich als kommunale Korporationen. Ihre Organisation beruht für den Geltungsbezirk der Provinzialordnung auf der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, und zwar ist ihr Willensorgan die Kreisversammlung (Kreistag).

Den Amtsbezirken fehlt gemeinhin die korporative Eigenschaft. Jedoch erlangen sie dieselbe und werden zu Samtgemeinden, wenn ihnen von den ihnen zugehörigen Gemeinden und Gutsbezirken bestimmte Kommunalangelegenheiten zur Verwaltung angewiesen werden. Für die Rechte der Stadtgemeinden gelten zur Zeit noch die verschiedenen Städteordnungen. Ihr Wille gelangt zur Fixierung durch eine Übereinstimmung der Stadtverordneten- und Magistratsbeschlüsse.

Im Falle einer Differenz entscheidet der Regierungspräsident. Die Verwaltung der Stadtgemeinde ruht in der Hand des Magistrats unter Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung.

Für die Landgemeinden der sieben östlichen Provinzen gilt die Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891. Willensorgan der Dorfgemeinde ist die Gemeindeversammlung, d. h. die Versammlung der stimmberechtigten Gemeindemitglieder, und wenn dies mehr als 40 sind, die Gemeindevertretung.

An der Spitze der Gemeindeverwaltung steht der Gemeindevorsteher, ihm zur Seite mindestens zwei Schöppen.

Durch Ortsstatut können die Funktionen des Gemeindevorstehers einem kollegialischen Ortsvorstand übertragen werden.

III. Die öffentlichen Genossenschaften des Reichsrechts.

A. Die sogenannten Personalversicherungen.

Als solche gelten die Versicherungen gegen Vermögensschäden, welche einer oder mehreren Personen dadurch erwachsen, dass in ihren äusseren Lebensverhältnissen durch Krankheit, sonstige Unfälle oder durch infolge hohen Alters eintretende Arbeitsunfähigkeit Veränderungen stattfinden.

Diese Personalversicherungen können sich zwar auch als Privatunternehmen darstellen, wie sie zahlreich als Krankenkassen, Sterbekassen, Lebensversicherungs-, Altersversicherungs- und Unfallversicherungsanstalten in die Erscheinung treten, aber auch der staatlichen Fürsorge entspringen.

In früherer Zeit zeigte sich bei den Regierungen nur eine sehr geringe Neigung, derartige Versicherungen zum Gegenstande staatlicher Massregeln zu machen, bis im Anfang der achtziger Jahre bei dem Anschwellen der Sozialdemokratie die sich allerdings nicht verwirklicht habende Ansicht Geltung gewann, durch eine umfassende Arbeiterfürsorge ihrem Wachstum vorbeugen zu können. Seit Verkündung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881¹⁾ trug die staatssozialistische

1) Eröffnungssitzung des Reichstages vom 17. November 1881 (Stenographische Berichte I S. 2).

Idee über die individualistische Staatstheorie den Sieg davon.

Hatte das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt S. 351) gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die Erkenntnis zur Reife gebracht, dass es Pflicht des auf der Basis des Christentums stehenden modernen Staates und zugleich Aufgabe staatserhaltender Politik sei, für die unteren, besitzlosen Klassen der Bevölkerung, wenn Fälle eintreten würden, in denen ihre Arbeitskraft gelähmt oder gänzlich suspendiert würde, eine Fürsorge stattfinden zu lassen, welche nicht mit dem Odium der Armenunterstützung behaftet sei, so gab die kaiserliche Botschaft der Fortbildung der bereits zum Ausdruck gelangten staatssozialistischen Idee einen neuen und entschiedenen Impuls.

„Für die Fürsorge, heisst es in der kaiserlichen Botschaft, die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluss an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde.“

Die Allerhöchste Botschaft zeichnete somit in klarer Weise vor, auf welchem Wege sich die Fürsorge für die arbeitende Klasse zu vollziehen habe, und schuf hierfür in der Errichtung öffentlich korporativer Ver-

bände eine neue Grundlage, um die Aufgaben, welche bisher die freien Hilfskassen zu lösen bestimmt waren, in eigne Regie zu nehmen.¹⁾

Die erste reichsgesetzliche Regelung der beabsichtigten staatlichen Fürsorge für die Verminderung oder Vernichtung der Arbeitskraft gab sich

a) in der Krankenversicherung kund.²⁾

Anfänglich erstreckte sich dieselbe ausschliesslich auf gewerbliche Arbeiter. Später wurde sie auf einige weitere Betriebszweige, insbesondere auf das Transportgewerbe ausgedehnt.³⁾ Sodann wurden auch die land-

1) F l e s c h, die Ursachen der Armut und die Krankenversicherung in L e h n s m a n n s Sozialen Zeitfragen Heft 14. S. 23.:

„Der Staat hat es jetzt als seine Verpflichtung erkannt, Hilfe in Krankheitsfällen zu leisten, die nicht Armenhilfe ist; er hat damit die Aufgabe, die die freien Kassen bisher erfüllten, an sich gezogen, und es ist eine oft gemachte Erfahrung, dass der Staat, wenn er eine ihm aufliegende, bisher ausser Acht gelassene, volkswirtschaftliche Verpflichtung zu erfüllen beginnt, allmählich die aus der Privatinitiative der Nächstbeteiligten hervorgegangenen Einrichtungen ähnlichen Zweckes unnötig macht und verdrängt.“

2) Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 und neu redigiert im Reichsgesetz vom 10. April 1892. Vergleiche H a e p e, Das Krankenversicherungsrecht nach dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1883.

v. W o e d t k e, Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. — Derselbe sub voce „Krankenversicherung“ in v. S t e n g e l s Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts I S. 844 ff. v. d. B o r g h t sub voce „Krankenversicherung“ in C o n r a d s Handwörterbuch IV S. 858. G. M e y e r, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I S. 627 ff.

3) Das sogenannte Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885.

und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den Wohlthaten des Gesetzes bedacht¹⁾, und schliesslich in der Novelle vom 10. April 1892 eine umfassende Revision des Krankenversicherungsgesetzes zur Durchführung gebracht. Dieses letztere Gesetz geht davon aus, dass die Bestrebungen des Gesetzgebers darauf gerichtet sein müssen, im Falle der Erkrankung eines Arbeiters dem Eindringen der Not und des Elends in seine Familie vorzubeugen und ihn durch Gewährung der nötigen Mittel vor gänzlichem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren und ihn davor zu behüten, dass er nach Aufzehrung seiner geringen Habe der öffentlichen Armenpflege anheimfällt.

Um seinen Zweck zu erreichen, macht das Gesetz den Arbeiter versicherungspflichtig und lässt als Träger der Versicherung teils die Gemeinden, teils die Krankenkassen fungieren.

Als die normale und typische Organisation erscheinen nach Absicht des Gesetzes die Ortskrankenkassen (§§ 16 ff. des Gesetzes), welche von den Gemeinden für solche Arbeiter errichtet werden, welche in bestimmten Gewerbszweigen oder Betriebsarten beschäftigt sind.

Die Gemeinden sind beim Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Ortskrankenkassen berechtigt und auf Verlangen der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet.

Neben diesen Ortskrankenkassen hat das Krankenversicherungsgesetz aber auch noch andere Kassenanstalten ohne die Eigenschaft öffentlich-rechtlicher Korporationen zugelassen, nämlich die Betriebs- (Fabrik-)

1) Gesetz vom 5. Mai 1886.

und Baukrankenkas sen, Innungskrankenkassen, Knappschaftskrankenkassen, freie Hilfskassen.

Subsidiär erfolgt die Gemeindekrankenversicherung, welche sich jedoch nicht als Krankenkasse, sondern als kommunale Einrichtung darstellt und für alle Gemeinden ausnahmslos obligatorisch ist, soweit nicht für die zu Versichernden anderweitig gesorgt ist.¹⁾

Der Anspruch der Unterstützungsberechtigten besteht in einer Gewährung von Unterstützung in Krankheitsfällen, und zwar werden durch das Gesetz gewisse Minimalleistungen festgesetzt, die infolge statutarischer Bestimmungen eine Erhöhung erfahren können.

Behufs Beschaffung dieser Mittel werden sowohl die Versicherten wie die Arbeitgeber zu Beiträgen herangezogen, die für die verschiedenen Arten der Versicherung eine verschiedene Höhe aufweisen. —

An die Krankenversicherung reihte sich

b) die Unfallversicherung.

Dieselbe wurde wesentlich durch die zahlreichen Unfälle bedingt, welche sich in den Betriebsstätten der modernen Industrie ereigneten und ihren Grund in der umfangreichen Verwendung elementarer Kräfte hatten.

Während ursprünglich die Ordnung aller dieser Unfälle auf dem Boden des Privatrechts erfolgte, hat das Reichsunfallgesetz²⁾ die Frage, ob eine Ent-

1) v. Woedtke, Das Krankenversicherungsgesetz S. 10.

Friedemann, Die Krankenversicherung in Lehnsmanns Sozialen Zeitfragen Heft 6 S. 10. 14.

Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I S. 634.

2) Das Reichsunfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884.

Piloty, Das Reichsunfallversicherungsrecht, dessen Entstehungsgeschichte und System I. u. II.

schädigungspflicht vorliegt, und wie weit dieselbe einer Regelung bedarf, dem Privatrecht entzogen und die Angelegenheit zu einer öffentlich-rechtlichen gemacht.

Beschränkte sich die Unfallversicherung ursprünglich auf die industriellen Betriebe, so erfolgte im Laufe der Zeit in Verbindung mit der Krankenversicherung ihre Ausdehnung auf die Reichs- und Staatsbetriebe, Transportgewerbe und damit im Zusammenhang stehenden Betriebe,¹⁾ demnächst auf die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe,²⁾ auf die bisher nicht versicherungspflichtigen Baubetriebe³⁾ und schliesslich auf die Seeschifffahrt.⁴⁾

Unter Betrieb ist der Inbegriff dauernder erlaubter Thätigkeiten zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Zweck zu verstehen.⁵⁾

v. Woedtke, Das R.-Unfallvers.-Ges. vom 6. Juli 1884.

Derselbe sub voce „Unfallversicherung“ in v. Stengels Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts II S. 636 ff.

Zeller, in Schmollers Jahrbuch XI S. 1167 ff. in den Annalen 1887. S. 405 ff.

G. Meyer, in dem Lehrbuch des Verwaltungsrechts I. S. 642.

1) Reichsgesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885.

2) RG., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886.

3) RG. betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887.

4) RG. betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen vom 13. Juli 1887.

5) G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I. S. 643. § 1 des Ges. vom 6. Juli 1884.

Als Träger der Versicherung gelten die Berufsgenossenschaften, welche sich als korporative Verbände mit Selbstverwaltung auf Gegenseitigkeit darstellen (§ 9),¹⁾ von den Unternehmern der versicherungspflichtigen Betriebe gebildet werden, und für welche eine Zwangspflicht zum Beitritt besteht.²⁾

Die Ansprüche der Unterstützungsberechtigten gehen auf Unterstützungsgewährung bei Betriebsunfällen, von denen die Versicherten betroffen werden.

Als Betriebsunfall³⁾ gilt jedes Ereignis, welches infolge plötzlicher Einwirkung die Körperverletzung oder den Tod eines Menschen im Gefolge hat und in ursächlichem Zusammenhange mit dem Betriebe steht, ohne dass es erforderlich ist, dass er durch die besondere Gefährlichkeit des Betriebes bedingt wird.⁴⁾ Die zur Gewährung der erforderlichen Unterstützung nötigen Mittel, zu welchen die Arbeiter nicht mit Beiträgen herangezogen werden dürfen,⁵⁾ erfolgt durch Beiträge der Mitglieder der Berufsgenossenschaft (§ 10)⁶⁾

1) v. Woedtke, Unfallversicherungsgesetz S. 157.

2) v. Woedtke, ebenda S. 57.

3) Rosin, der Begriff des Betriebsunfalles im Archiv für öffentliches Recht III S. 291 ff.

Piloty, a. a. O. I S. 185 ff.

Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen XXI. S. 77 ff. XXIV. S. 333 ff. und in Strafsachen XXI. S. 96 ff.

v. Woedtke, a. a. O. S. 85 Anm. 16 und S. 89 Anm. 17.

4) Rosin a. a. O. S. 332.

5) v. Woedtke a. a. O. S. 171 Anmerk. 2.

6) Vergl. Landwirtschaftsunfallgesetz §§ 15. 16. Bauunfallgesetz § 10. Seeunfallgesetz § 18.

c) Die Einrichtung der Invaliditäts- und Altersversicherung bildete den letzten Schritt auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung.¹⁾

Als versicherungspflichtig gelten nach vollendetem 16. Lebensjahre:

1. alle Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten,

2. Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen und -Lehrlinge (ausgenommen in Apotheken) mit einem Jahresverdienst von nicht mehr als 2000 Mark und

3. die Schiffsbesatzung deutscher See- und Flussfahrzeuge.

Träger der Versicherung sind die für einen bestimmten territorialen Umfang bestehenden Versicherungsanstalten, welche indessen keine Korporationen sind, sondern staatliche oder kommunale Anstalten mit gewisser korporativer Organisation.²⁾

Die Mittel für die von den Anstalten zu gewährenden Renten werden durch Beiträge beschafft, welche Arbeitgeber und Versicherte zu gleichen Teilen aufzubringen haben (§ 19 des Gesetzes), und zwar werden die Beiträge nach Lohnklassen abgestuft. Der Ver-

1) RG. betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 sowie das Abänderungsgesetz vom 8. Juni 1891.

v. Woedtke sub voce „Invaliditäts- und Altersversicherung“ in v. Stengels Wörterbuch u. s. w. I. S. 681 ff. Ergänzungsband I S. 52 ff., in Conrads Handwörterbuch IV S. 598 ff.

v. Woedtke, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

2) G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I S. 659.

sicherte hat einen Anspruch auf Gewährung einer Invaliden- oder Altersrente, und zwar auf erstere derjenige, welcher erwerbsunfähig ist, sei es dauernd oder vorübergehend, und auf letztere derjenige, welcher das 70. Lebensjahr erreicht hat.¹⁾

Als Aufsichtsbehörde für die Unfall- sowie die Alters- und Invaliditätsversicherung gilt das Reichsversicherungsamt.

**B. Die Innungen des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881,
(§ 97 bis 104 des Reichsgewerbeordnung.)²⁾**

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Zunftgenossenschaften, welche mit den Gewerben in Deutschland zugleich entstanden, von den Römern die Einrichtung entlehnten, welche der Korporationsgeist ausbildete. Denn in Rom waren bereits gewisse Gewerbetreibende, wie Bäcker, Fruchtmesser, Fuhrleute, Schiffer, Schmiede, Bauhandwerker *corporati*, *collegiati urbis*.

1) Das Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz hat seit geraumer Zeit lebhaftere Anfechtungen erfahren, und es ist deshalb seitens der Regierung eine Reform in Aussicht genommen worden.

2) Zeller im Artikel „Innungen“ in v. Stengels Wörterbuch I S. 674.

Stieda im Artikel „Innungen“ in Conrads Handwörterbuch IV S. 586.

G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I. S. 425 ff.

Stobbe, Privatrecht I S. 517 ff.

Rosin, Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 71 ff.

Förster-Eccius IV S. 690.

Kraft der Autonomie aller erlaubten Gesellschaften entwarfen sie im Mittelalter ihre eigenen Gesetze, holten aber später, um ihren Statuten den Staatsschutz zu sichern, die Genehmigung der Regierungen ein.

Nachdem bereits zum Teil im 18. Jahrhundert die alten Zunftgesetze durch neue ersetzt worden waren, liess die deutsche Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 die bestehenden Innungen fort dauern und gestattete die Bildung neuer.

Während die älteren Innungen sich als privatrechtliche Körperschaften darstellten, sind die neueren unbedingt als öffentliche Korporationen anzusehen, denn sie dienen nicht ausschliesslich den Privatzwecken ihrer Mitglieder, sondern auch der Förderung öffentlicher Interessen. Indem sie eine Autonomie geniessen, regeln sie ihre Rechtsverhältnisse durch Statuten (Reichsgewerbeordnung § 98 a; Reichsgesetz vom 1. Juni 1891 Art. 5), deren Genehmigung seitens des Staates nur aus bestimmten Gründen verweigert werden kann. (§ 98 b.) Sogenannten Nebenstatuten (§ 98 c) kann derselbe aber die Genehmigung nach freiem Ermessen versagen.

Als Organe fungieren die aus den stimmberechtigten Mitgliedern gebildeten Innungsversammlungen und der Innungsvorstand. Die Innungen besitzen gewisse obrigkeitliche Befugnisse, insbesondere ein Entscheidungsrecht in Lehrlingsstreitigkeiten.

Die Innungen unterliegen einer staatlichen Aufsicht, aus welcher gewisse Jurisdiktionsbefugnisse in Innungsangelegenheiten entspringen. Auch können sie zwangsweise von der höheren Verwaltungsbehörde geschlossen werden (R. G. O. §§ 100, 103 a), wenn gesetzliche Gründe hierfür vorliegen.

C. Die eingetragenen Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften.

(Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889).

Dies sind Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken. Sie erlangen ihre Rechtsstellung nach aussen durch Eintragung in das vom Amtsgericht geführte Genossenschaftsregister (§§ 10. 13 des Reichsgesetzes) auf Grund eines dem Gesetz entsprechenden schriftlichen Gesellschaftsvertrages (§§ 5 ff.). Willensorgan der Genossenschaft ist die Generalversammlung.

Eine neueste reichsgesetzliche Gesellschaftsart mit anerkannter Rechtspersönlichkeit ist die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. (Reichsgesetz vom 20. April 1892.)

IV. Die öffentlichen Genossenschaften des Landesrechts.

A. Die Personalgenossenschaften.

1. Die Knappschaftsvereine.¹⁾ Sie reichen bis in das 14. Jahrhundert hinauf und sind in Preussen durch das Berggesetz vom 24. Juni 1865 geregelt. Dieselben erlangen durch die Bestätigung ihrer Statuten die Eigenschaft juristischer Personen (§ 165 Abs. 3.) und

1) Stobbe a. a. O. S. 545 ff.

Rosin a. a. O. S. 75 ff.

Förster-Eccius IV S. 703 erachtet die Knappschaftsvereine als Anstalten.

sind Zwangsvereine. Zum Beitritt sind verpflichtet alle Arbeiter (§§ 165 167), berechtigt dagegen die Verwaltungsbeamten des Vereins (§ 168 Abs. 2).

Dem Preussischen Berggesetz sind teilweise gefolgt das bayerische Berggesetz vom 20. März 1869 und das Sächsische Gesetz betr. den Regalbergbau vom 22. Mai 1851.

2. Hin und wieder Sterbe- und Witwenkassen.¹⁾

B. Realgenossenschaften wirtschaftlicher Art.

1. Deichgenossenschaften zur Abwendung gemeiner Gefahr oder zur erheblichen Förderung der Landeskultur.

Preussisches Deichgesetz vom 28. Januar 1848.

2. Wassergenossenschaften,²⁾ zum Teil auf Zwangsmitgliedschaft beruhende Genossenschaften von Grundeigentümern zum Zwecke gemeinschaftlicher Wasserbenutzung oder gemeinschaftlichen Schutzes vor Wassergefahr. Vgl. das Preussische Gesetz vom 1. April 1879, betr. die Bildung von Wassergenossenschaften.

3. Waldgenossenschaften.³⁾ Preussisches Gesetz vom 6. Juli 1875, betreffend Schutzwaldungen und

1) Gierke, Privatrecht I. S. 623.

2) Schenkel, Artikel „Wassergenossenschaften“ in v. Holtzendorffs Rechtslexikon III. 2 S. 1257 ff.

Gierke, Genossenschaftsrecht I S. 776 ff.

G. Meyer, Verwaltungsrecht I S. 215.

Rosin, a. a. O. S. 79f.

Förster-Eccius IV. S. 690.

3) Rosin, a. a. O. S. 88.

Schenkel, Artikel „Waldgenossenschaften“ in v. Holtzendorffs Rechtslexikon III 2. S. 1230.

Waldgenossenschaften (zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des Genossenschaftswaldes oder zur Durchführung seines Schutzes).

4. Fischereigenossenschaften,¹⁾ gebildet von privaten Fischereiberechtigten zu Zwecken des Fischereibetriebes. Dieselben bestehen in Preussen und Baden. Preussisches Fischereigesetz vom 30. Mai 1874. Badisches Gesetz, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend, vom 3. März 1870.

5. Jagdgenossenschaften,²⁾

6. öffentliche Verbände für Immobilienversicherungen, insbesondere die Feuersocietäten mit oder ohne Beitrittszwang.³⁾

7. Hin und wieder Kreditverbände von Grundbesitzern.⁴⁾

8. Ausnahmsweise wird auch den Agrargenossen-

1) Rosin, a. a. O. S. 89, Erlass des Ministers betr. Normalstatuten für Fischereigenossenschaften vom 29. Oktober 1879.

Förster-Eccius, IV. S. 690.

2) v. Brünneck, Die Jagdgenossenschaften.

Gierke, Genossenschaftsrecht I 768 ff.

Stobbe, Privatrecht II § 151.

3) Gierke, Privatrecht I S. 637. Genossenschaftsrecht II S. 1051 ff.

Betreffs der Preussischen Landfeuersocietäten sagt Förster-Eccius IV S. 691, dass sie als korporative Gesellschaften nicht angesehen werden können, wennschon sie durch besondere mit Gesetzeskraft erlassene Reglements den Charakter öffentlich-rechtlicher Korporationen mit dem Recht der Beitreibung der ausgeschriebenen Beiträge durch Zwangsvollstreckung erhalten haben.

Löning, Deutsches Verwaltungsrecht S. 677.

4) Gierke, Privatrecht I S. 623.

schaften die Eigenschaft als öffentliche Korporation beigelegt.¹⁾

**C. Die Schulsocietäten oder Schulgemeinden in
Preussen und Sachsen.**

Obschon § 54 Allg. L. R. II, 12 ausdrücklich nur den höheren Schulen, in denen die höheren Wissenschaften oder Künste und dgl. gelehrt werden, die äusseren Rechte beilegt, haben auch die niederen Schulen trotz des Mangels eines besonderen landesherrlichen Privilegs Anerkennung als korporative Gesellschaften gefunden, weil sie in vermögensrechtlicher Beziehung gesetzlich den höheren gleichgestellt sind.²⁾

Wie schon oben erwähnt, treten den öffentlichen Korporationen die öffentlichen Anstalten gegenüber, obschon sie sich in ihrer äusseren Erscheinung nähern, indem sich mit dem Wesen der Körperschaft anstaltliche Momente verbinden und umgekehrt sich bei den Anstalten korporative Eigenschaften vorfinden können.

Als öffentliche Anstalten ergeben sich: Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und sonstige Körperschaftsanstalten.

1. Zu den Staatsanstalten zählen nicht nur die in einem engeren Verbande eingegliederten, sondern alle nicht als Anstalten eines anderen Verbandes anerkannten Anstalten, und zwar hat man von den reichs-

1) Dieselben werden zum Zwecke gemeinsamer landwirtschaftlicher Benutzung eines Grundvermögens gebildet und sind meist Überreste der alten Agrargemeinschaften. Gierke, Privatrecht I S. 624.

2) Rosin a. a. O. S. 91.

Förster-Eccius IV S. 702 und das Sächsische Gesetz betr. das Volksschulwesen vom 26. April 1873.

gesetzlich geordneten die Reichsbank¹⁾ und den Reichsinvalidenfonds²⁾ hierher zu rechnen.

Jedoch ist auch, wenn schon grundlos, die Ansicht vertreten, dass die Reichsbank zu den Korporationen zähle.³⁾

Ferner: Versicherungs- und Rentenanstalten, Kreditinstitute, Armenanstalten,⁴⁾ Erwerbsanstalten.⁵⁾

2. Zu den Gemeindeanstalten zählen: kommunale Anstalten mit eigener Persönlichkeit, wie Leihhäuser und Sparkassen.⁶⁾ Es können aber auch Kreditinstitute, wie Darlehnskassen und Pfandbriefinstitute,⁷⁾ Unterrichtsanstalten, Versicherungs- und Versorgungsanstalten zu ihnen gehören.⁸⁾

1) Reichsbankgesetz vom 14. März 1875.

2) RG. vom 23. Mai 1873.

3) Laband, Staatsrecht II S. 125 ff. und Löning, Verwaltungsrecht S. 641. Er hält die Reichsbank für eine Korporation mit eigentümlicher Verfassung, die der Aktiengesellschaft verwandt sei.

R. Koch (in Busch's Archiv für Handels- und Wechselrecht XXXIII S. 149) in seinem Aufsätze „die Reichsbank und deren Organisation in juristischer Beziehung“ nimmt nur eine Analogie mit der Aktiengesellschaft an.

4) Preuss. Allg. Landrecht II. 19. § 32.

5) z. B. die Preussische Seehandlung. Kabinetsordre vom 17. Januar 1820.

6) Nach Förster-Eccius IV S. 705 fehlt den öffentlichen Leihanstalten der Gemeinden (Kab. Ord. v. 28. Juni 1826 u. §§ 20—23 des Ges. betr. das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881), ebenso wie den Kreis- und Gemeindesparkassen (Rgl. vom 12. Dezember 1838) in Preussen die vermögensrechtliche Persönlichkeit.

7) Gierke, Genossenschaftsrecht I S. 1067 Anm. 78 und 1073 Anm. 95.

8) Gierke, Privatrecht I. S. 638.

3. Die anerkannten christlichen Kirchen haben einen anstaltlichen Charakter, obschon sie auch zu den Korporationen zu rechnen sind.

Schliesslich sind noch die Stiftungen¹⁾ zu erwähnen. Dieselben sind Anstalten, welche, vom Staate anerkannt, hauptsächlich dem Privatrecht angehören.

Sie entwickelten sich zuerst als kirchliche Wohltätigkeitsanstalten und standen unter geistlicher Aufsicht und Verwaltung.

Das Preussische Landrecht erwähnt die Stiftungen nur sehr vorübergehend bei Gelegenheit der Lehre von den Körperschaften (II. 6. § 73) und denkt sich hier die Stiftung nur als ein zu einem bestimmten Zweck einer bestimmten Korporation zugewendetes Vermögen.

Zur Entstehung der Stiftung bedarf es nur des Stiftungsaktes oder Stiftungsgeschäfts. Die Staatsgenehmigung (Allg. L. R. II. 19. § 33) ist nicht als ein konstitutiver Faktor, sondern nur als eine beaufsichtigende Bestätigung aufzufassen, welche polizeiliche oder volkswirtschaftliche Gründe hat, um Vermögensstücke nicht in zu grossem Umfang und für die Dauer dem Verkehr zu entziehen und durch die Stiftung nicht das gemeine Wohl schädigen zu lassen. Der Errichtungsakt kann unter Lebenden oder von Todeswegen erfolgen.

Eigentümlich ist jeder Stiftung, dass sie nur in Betreff des ihr gewidmeten Vermögens bestehen kann, mithin von selbst aufhört, wenn das Vermögen wegfällt.

1) Stobbe, a.a.O. S. 574 ff. Gierke, Privatrecht I S. 645 ff., Genossenschaftsrecht II. S. 962 ff. Förster-Eccius IV. S. 696 ff. Roth über Stiftungen in von Gerber und Iherings Jahrb. I. S. 189.

IV.

Die öffentlich-rechtlichen Korporationen im Besonderen.

Unter Korporationen sind diejenigen juristischen Personen zu verstehen, welche sich zu einer grösseren Gesamtpersönlichkeit für einen bestimmten Menschheitszweck verbinden.¹⁾

„Ihr Wesen sagt Trendelenburg²⁾ liegt darin, dass die Einzelnen zwar das Ganze hervorbringen (konstituieren), aber das hervorgebrachte Ganze durch seine wesentlichen Zwecke ein allgemeineres Dasein hat und den Willen der Einzelnen zu binden und zu überdauern bestimmt ist. In der Unterordnung der Willen und der Thätigkeiten unter den gemeinsamen

1) Nach v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts II § 86 S. 243, sind Korporationen diejenigen juristischen Personen, welche eine sichtbare Erscheinung in einer Anzahl einzelner Mitglieder haben, die, als ein Ganzes zusammengefasst, die juristische Person bilden. Nach Bekker in Goldschmidts Zeitschrift IV S. 558 ff. sind es nur solche Vereine, bei denen der Sitz des Lebens in den einzelnen Mitgliedern ist. Nach Witte ebendasselbst VIII S. 12 sind es diejenigen, welche einen Zweck verfolgen, der nur durch Vereinigung mehrerer physischer Personen erreicht werden kann (also Aktienvereine nicht).

Brinz, Lehrbuch der Pandekten I S. 1009, erachtet als Korporationen „alle Vereine, deren Dasein wie die Societät von dem freien Willen der Mitglieder abhängt, aber wie der Staat, Gemeinde, Familie über den Wechsel der Personen erhaben ist.“ Nach Gierke in v. Holtzendorffs Rechtslexikon II S. 560 sind sie Personenvereine mit eigener Rechtspersönlichkeit. Nach Preuss, „Gemeinde, Staat, Reich als Gebietskörperschaften“ S. 249, sind sie organische Einheiten einer Personenvielheit, deren Willenseinheit sie darstellen.

2) Trendelenburg, Naturrecht u. s. w. § 111 S. 253.

Zweck liegt das ethische Motiv, das, je wesentlicher der Zweck, desto bedeutender ist.“

Dadurch, dass diese innerlich verbundene, aber äusserlich sich als eine Vielheit darstellende Erscheinung im sozialen Leben als eine Einheit gilt, wird sie vom Recht seinen subjektiven Ordnungen wie eine Person unterworfen und zum Träger subjektiver Rechte und Pflichten gemacht. Hierdurch wird für die Korporation die Fiktion einer Persönlichkeit geschaffen. Sie stellt eine juristische Person¹⁾ vor, obschon ein bloss fingiertes

1) Ihrem Wesen nach ist die juristische Person eine Rechtsfiktion, deren Merkmale auf jene zutreffen. Hellfeld, *jurisprudencia forensis*, Vol. I § 140 p. 49 seq.: „in omni igitur fictione aliquid pro vero habetur, licet constet, quod non sit verum, ideoque fictio a praesumptione juris differt.“ Ein Chaos von Ansichten herrscht in der Litteratur über den Begriff und das Wesen der sogenannten juristischen Personen. Vergleiche Zitelmann, Begriff und Wesen der sogenannten juristischen Person, Bolze, Begriff der juristischen Person, Pfeifer, die Lehre von den juristischen Personen.

Nach Brinz, Lehrbuch der Pandekten, gehört die juristische Person in das Rechtssystem, wie die Vogelscheuche in die Naturgeschichte des Menschen, somit sei an ihre Stelle das für einen gewissen Zweck bestimmte, für den Zweck gehörige Vermögen zu setzen. Nach Bekker in Goldschmidts Zeitschrift IV und in Iherings Jahrbüchern XII bedürfe eine Zwecksatzung, die nicht bloss eine Person in der Verfügung über eine ihr gehörige Sache belastet, sondern ihr die Sache entzieht, eines Apparates, kraft dessen die Zwecksatzung verwirklicht werde. Somit seien die juristischen Personen Zwecksatzungen.

Sohm, die deutsche Genossenschaft S. 37: „Unser heutiges Körperschaftsrecht ist in seiner Grundlage römisches Körperschaftsrecht“ — „die juristische Person von heute ist römische juristische Person.“

Subjekt thatsächlich kein Rechtssubjekt sein kann. Eingeführt sind die juristischen Personen, um Vermögensrechte zu besitzen und mit ihnen zu schalten, wie es sonst physische Menschen zu thun pflegen.¹⁾

Derartig fingierte Subjekte, zu denen auch Anstalten und Vereine unter gewissen Umständen gehören können, finden sich sowohl im öffentlichen wie im Privatrecht, und zwar beruht ihre Entstehung auf verschiedenen Bedingungen, indem seitens des Staates entweder allgemeine Normen aufgestellt werden, unter welchen, ohne dass es seines direkten Eingreifens bedarf, eine solche Rechtssubjektivität zur Entstehung gelangt, oder er erteilt selbst auf Grund des Ausdrucks seines Willens dieselbe.

In dieser Beziehung betrachten wir zunächst das sogenannte Konzessionssystem.

Nach römischem Recht besteht die Rechtsnorm, dass eine universitas personarum oder bonorum nur unter bestimmten thatsächlichen Voraussetzungen, aber nicht ipso jure die Eigenschaft einer juristischen Person erlangen könne. Für Vereine und Personen-

Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht II S. 367, sagt: „Die juristische Person ist der natürlichen vollkommen wesensgleich. Sie ist wie diese ein Erzeugnis der Rechtsordnung und nicht juristischer oder moralischer als sie, noch fiktiver oder erdichteter. Der Unterschied liegt nur in dem, was dahinter steht: Dort ein bestimmtes Einzelwesen, dem die Person für den unbestimmten Umfang seiner Interessen dient, hier eine unbestimmte Mehrheit von Einzelwesen, denen sie für einen bestimmten Ausschnitt von Interessen dient, der ihnen gemeinsam ist.

1) v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts II S. 235 ff. 239.

verbindungen erfordert das römische Recht ausdrücklich einen speciellen Gesetzgebungsakt zu diesem Zweck.

Dies wird ausgesprochen in l. 1 pr. D. quod cujuscunque universitatis nomine 3, 4: neque societas neque collegium neque hujus modi corpus passim omnibus haberi conceditur: nam et legibus et senatusconsultis et principalibus constitutionibus ea res coercetur. Paucis admodum in causis concessa sunt hujusmodi corpora: ut ecce vectigalium publicorum sociis permissum est corpus habere, vel auri fodinarum vel argenti fodinarum et salinarum. Item collegia Romae certa sunt, quorum corpus senatus consultis atque constitutionibus principalibus confirmatum est, veluti pistorum et quorundam aliorum, et naviculariorum, qui et in provinciis sunt“ — und in l. 3 § 1 D. de collegiis 47, 22 sowie in l. 1 § 1 D. cit. 3, 4: quibus autem permissum est corpus habere collegii etc.

Wo also eine Personenvereinigung sich nicht zu ihrer Existenz auf ein Gesetz oder eine Verordnung des Staatsoberhauptes berufen kann, gilt sie nicht als Korporation, sondern als ein anderes Rechtsgebilde, vielleicht als eine societas.¹⁾

Die ältere gemeinrechtliche Theorie der Glossatoren schied jedoch für die Entstehung der juristischen Personen die Voraussetzung aus, dass dieselbe auf einem Gesetze fusse und forderte stets eine staatliche Aner-

1) Diese Ansicht hat besonders von Savigny im System u. s. w. II § 89 S. 275 ff. ihre Verteidigung gefunden.

Ebenso Puchta in Weiske's Rechtslexikon III sub voce „Korporationen“ S. 65 f. Puchta, Pandekten § 28.

kennung. Ausgenommen waren die milden Stiftungen, weil die christliche Kirche bereits als eine juristische Person anerkannt war und die Stiftungen, weil sie kirchlichen Zwecken dienten, schon deshalb den gleichen Rechtscharakter besaßen. Dieses Konzessionssystem wurde auch vom gemeinen Recht adoptiert und gilt mit einigen Ausnahmen noch heute in Deutschland.¹⁾ Besonders bestätigt wird es von einigen Partikularrechten, wie dem preussischen,²⁾ sächsischen,³⁾ und badischen.⁴⁾

Nach ihm erfolgt der Genehmigungsakt seitens des obersten staatlichen Verwaltungsorgans oder der von ihm zu diesem Zweck bestellten Behörde.

Dass die Genehmigung ausdrücklich erteilt werden muss, ist nicht erforderlich,⁵⁾ vielmehr kann auch eine stillschweigende Verleihung von Körperschaftsrechten statthaft sein.⁶⁾

1) v. Vangerow, Lehrbuch der Pandekten I § 60 S. 116: „Die Notwendigkeit einer staatlichen Genehmigung ist ausser allem Zweifel.“

Stobbe, Handbuch des Privatrechts I § 52 S. 458 ff. S. 462.
Köster, Das soziale Verwaltungsrecht § 78 S. 202.

2) Allg. Preuss. Landrecht II 6 §§ 22. 25.

3) Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Sachsen § 52 mit dem Gesetz vom 15. Juni 1868 § 6. Verfassungsurkunde von Sachsen-Meiningen § 23 und von Sachsen-Altenburg § 99.

4) Badisches II. Konstitutionsedikt vom 1. August 1807 und Verordnung vom 17. November 1833.

5) Nach badischem Recht ersetzt die 10jährige wissentliche Duldung die ausdrückliche Genehmigung.

6) Keller, Pandekten I § 39 S. 95.

Gierke, Privatrecht I S. 491, Genossenschaftstheorie S. 37 Anm. 1 und S. 117 Anm. 4.

Diese Konzessionstheorie hat indessen in der Doctrin keine allseitige Anerkennung gefunden, und zwar gilt ihr gegenüber die Meinung, dass mangels Vorhandenseins gesetzlicher Bestimmungen eine juristische Person auch dann zur Existenz gelangen könne, wenn sich ein Verein mit dieser Tendenz unter Befolgung rechtlicher Vorschriften bilde.¹⁾

Hierbei unterscheidet man nun wieder die Möglichkeit der Persönlichkeitsbildung auf Grund besonderer Kundgebung und die auf Grund des blossen Daseins.

1. Die Persönlichkeitsbildung kraft besonderer Kundgebung.

In neueren Gesetzen findet sich die Bestimmung, dass eine bestimmte Gattung von Körperschaften durch Eintragung in ein öffentliches Register ihre rechtliche Existenz erlangen können. Hierzu zählen nach Reichsrecht Aktiengesellschaften,²⁾ Gesellschaften mit beschränkter Haftung³⁾ und solche Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche die Rechtsstellung „eingetragener Genossenschaften“ erlangen wollen.⁴⁾

Die Eintragungsfähigkeit hängt dann von der Erfüllung gewisser Normativbestimmungen ab, welche teils formellen, teils materiellen Charakters sind.

2. Die Persönlichkeitsbildung kraft blossen Daseins.

Diese Theorie, welche die Basis des älteren deutschen Rechts bildete und insbesondere für Gemeinden galt, hat in der neueren Litteratur einen bedeutenden

1) v. Arndts, Lehrbuch der Pandekten § 44 S. 48.

2) Handelsgesetzbuch § 211.

3) RG. vom 20. April 1892 § 11.

4) Gierke, Privatrecht I S. 489.

Umfang gewonnen,¹⁾ obwohl man mit Stobbe²⁾ sagen kann, dass die dem freien Belieben überlassene Korporationsbildung zu den grössten Unzuträglichkeiten führen kann.

Gleichwohl hat sie auch in Österreich³⁾ und zum Teil auch in der Schweiz⁴⁾ festen Fuss zu fassen vermocht.

Die Korporation, welche bei ihrer Eingehung eine gewisse Dauer voraussetzt, wenngleich sich dieselbe unter Umständen nur auf eine bestimmte Zeit erstrecken kann, besteht aus Mitgliedern, welche indessen nicht Einzelpersonen zu sein brauchen, sondern auch aus Korporationen bestehen können.⁵⁾

Die Mitgliedschaft kann bei den verschiedenen Korporationen eine sehr verschiedene Rechtsnatur aufweisen, sie kann eine freiwillige, aber auch zwangsmässige sein, sie kann auf einem höchstpersönlichen Recht beruhen, aber auch durch den Besitz eines Sachenrechts oder Vermögensrechts bedingt sein.

1) So u. a. Beseler, Volksrecht und Juristenrecht S. 175. Bluntschli, Das deutsche Privatrecht § 34.

Goldschmidt, Zeitschrift für badische Verwaltung 1869 Nr. 19 S. 223:

„Überall, wo sich für einen erlaubten und unpersönlichen Zweck eine Verbindung bildet, besteht dieser Verein von selber als Korporation, und bedarf, um Korporation zu sein, nicht mehr der Staatsregierung.“

Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts I § 60 Anm. 4. Gierke, Genossenschaftstheorie S. 29 Anm. 3.

2) Stobbe, a. a. O. S. 466.

3) Österreichisches Gesetzbuch § 26.

4) Züricher Gesetzbuch § 18. Bündener Art. 88.

5) Gierke, Privatrecht I S. 492.

Ist für die Funktion der einzelnen Organe der Korporation ihre Verfassung massgebend, so kann sich ihre Rechtsfähigkeit auf privates, aber auch auf öffentliches Recht erstrecken.

Durch ihre verfassungsmässigen Beschlüsse kann die Korporation, soweit sie nicht durch Beschränkungen der Staatsgesetzgebung gebunden ist, völlig frei wie eine einzelne Person über ihre Verhältnisse und Vermögen beschliessen. Sie tritt nach den Grundsätzen allgemeiner rechtlicher Freiheit und Gleichheit in den Verkehr ein, führt ihr besonderes Siegel, ernennt und verpflichtet ihre Beamten und bestimmt die Pflichten und Beiträge ihrer Mitglieder.

Ihre Beendigung erfährt die Korporation: durch den Austritt aller ihrer Mitglieder oder durch das Ableben derselben, in welchem Falle sie eines natürlichen Todes stirbt, durch Selbstauflösung im Falle der Zustimmung der Regierung, oder durch einen Akt der Staatsgewalt. Willkürlich beschliessen kann dagegen die Korporation ihre Auflösung nicht; vielmehr dauert sie auch noch im letzten Gliede fort, das sich zu ihrer Fortsetzung geneigt fühlt.

Das Schicksal des Korporationsvermögens hängt nach geschehener Auflösung von den darüber bestimmenden Statuten ab. Mangels solcher fällt es nach der herrschenden Meinung als *bonum vacans* an den Fiskus, jedoch kann es auch unter gewissen Voraussetzungen unter die bisherigen Mitglieder seine Verteilung erfahren.

Pflegt man nun die Korporationen in privatrechtliche und öffentlich-rechtliche zu teilen,

so giebt es im Grunde genommen, wie Gierke¹⁾ meint, kein sicheres Kriterium, welches ganz allgemein die Grundlage zu der Entscheidung bildete, ob diese Korporation eine privatrechtliche und jene eine öffentlich-rechtliche sei. Allein gleichwohl soll später untersucht werden, welche Merkmale dafür sprechen, einer Korporation den Charakter der öffentlich-rechtlichen beizulegen. Wollte man daraus die Berechtigung ableiten, gewissen Körperschaften, welche in das Individualrecht überschreitende Beziehungen zum Staate treten, als öffentlich-rechtliche zu bezeichnen, so würde man fehlgehen; denn es giebt auch privatrechtliche Korporationen, welche sich der Lösung von im Staatszweck belegenen Aufgaben widmen. Kann man in ihrer äusseren Organisation zwischen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Korporation nur schwer einen Unterschied konstatieren, zeigt sich vielmehr zwischen beiden eine gewisse Identität, so giebt doch die Qualität der von ihnen vertretenen Interessen zu ihrer Beurteilung den Ausschlag. Das Wesen der Privatkorporationen besteht nicht darin, dass man behaupten könnte, ihnen ermangele die Fähigkeit der öffentlichen Rechte und Pflichten, sondern darin, dass das von ihnen ausgeübte Sozialrecht von dem Staate nicht als öffentliches, sondern als Privatrecht anerkannt wird. Hierdurch büsst die Korporation ihren sozialrechtlichen Charakter keineswegs ein, denn sie hat ebenso gut wie die öffentlich-rechtliche Korporation eine staatliche Anerkennung zur Seite, nur ist sie nicht ausschliesslich Träger staatlicher Interessen, weil eben die Haupt-

1) Gierke, Genossenschaftstheorie S. 158.

sphäre ihrer Aktionsbefugnisse nur Bestandteile des Privatrechts umfasst.

Bei der öffentlich-rechtlichen Korporation ist wie bei der privaten die in der Abstraktion als Person gedachte Einheit oder Verbindung aller Mitglieder das Rechtssubjekt.

Gleichwie für die privaten, enthalten auch für die öffentlich-rechtlichen Korporationen die Statuten, nach welchen sich alle Handlungen zu richten haben, die massgebenden Grundsätze, und diese Statuten beruhen auf ihrer Autonomie. Allein die statutarischen Bestimmungen ersterer entbehren der publizistischen Eigenschaft, wie sie gesetzlichen Bestimmungen inneohnt; denn die Regierung erblickt in ihnen sich gegenüber nur Privatinormen und in den Organen der Privatkorporationen nur Privatbeamte. Anders dagegen verhält es sich bei den öffentlich-rechtlichen Korporationen; denn die ihnen innewohnende Verbandsgewalt ist keine private, sondern eine öffentliche, mit obrigkeitlichem Charakter bekleidet, ihre statutarischen Bestimmungen stehen ihrer Kraft und Bedeutung nach auf derselben Stufe wie Legalvorschriften.

Die öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer öffentlichen Korporation beeinflusst auch ihre Vermögensfähigkeit. Beruht aber auch die Mitgliedschaft auf Leistung und Gegenleistung, so bedingen sich doch diese beiden letzteren nicht, sondern sie gelten nur als Accidentalien, und dadurch, dass eine derselben nicht vorhanden ist, wird das Vorhandensein des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Korporation nicht beeinflusst, so dass also das Mitglied aus dem Korporationsvermögen Bezüge erhalten kann, ohne die Pflicht einer Beitrags-

gewährung zu besitzen — wie dies z. B. bei den aus dem Kapitelvermögen Präbenden beziehenden Domherren der Fall ist — oder umgekehrt Leistungen gewähren muss, ohne etwa diesen korrespondierende Rechte zu besitzen.

Da das Mitglied wie ein extraneus dasteht, wenn es Rechte an dem Korporationsvermögen besitzt, so gelten dieselben als Sonderrechte, und zwar können letzteren wieder Sonderverpflichtungen ganz so wie bei den Privatkorporationen gegenüberreten.¹⁾ Während bei den Privatkorporationen die Beurteilung ihrer inneren Verhältnisse gänzlich auf dem Boden des Privatrechts ruht, so dass die gegenseitigen Forderungen zwischen einzelnen Mitgliedern und der Korporation nach den privatrechtlichen Bestimmungen und die Vollstreckung der richterlichen Entscheidung nach den civilprozessrechtlichen Normen erfolgt, zeigt in solchen Fällen bei den öffentlichen Korporationen die Geltendmachung von Ansprüchen eine durchaus andere Gestaltung. Unter Einwirkung des staatlichen Interesses werden die etwaigen Ansprüche bei ihrer Geltendmachung dem Richterspruch entzogen und der Entscheidung der staatlichen Aufsichtsbehörde unterstellt. Die Parteien haben vor sogenannten Verwaltungsgerichten oder doch vor Behörden, welchen ein verwaltungsgerichtsähnlicher Charakter verliehen ist, Recht zu nehmen, und die Zwangsvollstreckung wegen der von den Mitgliedern geschuldeten Beiträge erfolgt von denjenigen Exekutivorganen, welche speziell für

1) Gierke in Iherings Jahrbüchern für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts XXXV N. F. XXIII S. 210.

die Zwangsbeitreibung öffentlicher Ansprüche eingesetzt sind. Dem Verwaltungsstreitverfahren pflegt eine Vorentscheidung durch die Aufsichtsbehörde oder auch durch ein Korporationsorgan voranzugehen, gegen welche diejenige Partei, welche sich durch dieselbe in ihrem Rechte beeinträchtigt erachtet, in der Rolle des Klägers vor dem Verwaltungsgerichtshofe aufzutreten hat.

Ist somit das charakteristische Merkmal des Privatrechts, Ansprüche auf dem Civilrechtswege geltend zu machen, aus dem inneren Recht der öffentlichen Korporation zum grössten Teil ausgeschlossen, so ist dies doch nicht ganz allgemein der Fall; denn es ermangelt auch nicht an solchen Ansprüchen sowohl der Korporation an ihre Mitglieder, wie umgekehrt letzterer an jene, zu deren Entscheidung lediglich der Civilrichter berufen ist.

Somit wäre es verfehlt, einen Anspruch deshalb als einen publicistischen zu bezeichnen, weil derselbe von einer öffentlichen Korporation ausgeht oder sich seitens eines ihrer Mitglieder gegen dieselbe richtet. Vielmehr liegt es ganz in der Hand des Gesetzgebers, sich nach dieser oder jener Richtung hin zu entscheiden und die Kompetenzeinteilung nach freier Entschliessung zu bestimmen.

Zweckmässigkeitsgründe werden bei Vornahme einer solchen Organisation für ihn massgebend sein, und zwar werden dieselben betreffs der sich an sie knüpfenden Wahl beeinflusst werden durch die mehr oder minder starke Intensität des Interesses an der Geltendmachung des erhobenen Anspruchs.

So ist der Unfallrentenanspruch des verunglückten Arbeiters, der Anspruch desselben auf Krankengeld,

Kurkosten, der Anspruch des alten oder invaliden Arbeiters auf Rente nach den Arbeiterversicherungsgesetzen stets ein öffentlich-rechtlicher Anspruch, weil der Staat aus Gründen seiner Sozialpolitik ein erhebliches Interesse an der Erfüllung derartiger Ansprüche besitzt.

Von wesentlicher Bedeutung für den Rechtsumfang der öffentlich-rechtlichen Korporationen ist die ihnen teilweise beigelegte Befugnis, auch in die Rechtssphäre dritter Personen einzugreifen, die nicht als ihre Mitglieder gelten. In dieser Befugnis liegt ein wesentliches Kriterium ihres Unterschiedes von den Privatkorporationen.

Während letztere nämlich gegen ausserhalb ihres Angehörigkeitskreises Stehende nur auf Grund vertragsmässig eingegangener Verpflichtungen Rechte geltend machen können, bedarf es unter Umständen für die öffentlichen Korporationen einer solchen vertragsmässigen Willensunterordnung des Dritten nicht. So können für Nichtmitglieder einer öffentlichen Genossenschaft Pflichten zu Leistungen entstehen, z. B. für die Arbeitgeber der bei ihnen beschäftigten Kassenmitglieder, für welche sie die auf sie entfallenden Beiträge an die Gemeinde resp. an die Kasse zu zahlen haben.¹⁾

Eine ähnliche Bestimmung ist für die bergrechtlichen Knappschaftsvereine betreffs der Werkbesitzer erlassen.²⁾

Auch sind die Leistungen des Gutsherrn, welche

1) Krankenversicherungsgesetz §§ 51. 52. 65. 72. 73.

2) §§ 175. 176 des Allg. Preuss. Berggesetzes v. 24. Juni 1865.

demselben gegen die Schulsozietät obliegen, gesetzlich geregelt.¹⁾

Und ähnliche auf ein Geben gerichtete Bestimmungen, welche Dritte betreffen, finden sich bei den Deich-, öffentlichen Wasser- und Waldgenossenschaften.²⁾

Die gesetzlich fixierten Beiträge werden in allen diesen Fällen im Zwangsbeitreibungsverfahren eingezogen.

Aber nicht bloss das Recht, eine Leistung von einem der öffentlichen Korporation nicht zugehörigen Dritten zu beanspruchen, kann jener vom Gesetz beigelegt werden, sondern auch das Recht, den Dritten zu einer Unterlassung zu nötigen, wie z. B. dem Nichtinnungsmeister die Aufnahme von Lehrlingen zu verbieten,³⁾ wodurch indirekt auf den ausserhalb der Innung stehenden Gewerbetreibenden ein Zwang ausgeübt werden soll, seinen Beitritt zur Innung vorzunehmen.

Schon oben ist darauf hingewiesen worden, dass die Korporationen ihre inneren Verhältnisse autonomistisch zu ordnen befugt sind. Allein die Ausdehnung dieser Befugnis ist bei der privaten und öffentlich-rechtlichen Korporation keine gleiche; denn

1) Allgem. Preuss. Landrecht II 12 §§ 33. 36.

2) Betreffs der Deichgenossenschaften § 19 des Gesetzes vom 28. Januar 1848 und § 7 Abt. 3 des Normalstatuts vom 14. November 1853, Wassergenossenschaften § 56 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. April 1879, Waldgenossenschaften § 29 Abs. 3 des Gesetzes vom 6. Juli 1875.

3) Gewerbeordnung § 100 e Nr. 3.

was bei den privaten Körperschaften unbedingt statthaft, dass sich dieselben in ihren Statuten ihre eigene Gesetzgebung verleihen, ist bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften nur insoweit erlaubt, als die Behörden keine Veranlassung nehmen, die Dispositionsfreiheit jener insoweit einzuengen, als sie ihren eigenen Willen bei der Bethätigung der korporativen Autonomie zur Geltung bringen.

Man könnte sagen, dass in Anbetracht dieser Zulässigkeit staatlichen Eingriffs in die Selbstbestimmung der inneren Verhältnisse der öffentlich-rechtlichen Korporationen diese schlechter gestellt seien, als die privaten, dagegen prävaliert wiederum ihre Bedeutung gegenüber derjenigen der letzteren durch die Ausübung der staatlichen Gesetzgebung, der eine bindende Kraft auch für Nichtmitglieder der Korporationen innewohnt wie sich dies z. B. bei den Vorschriften über die Regelung des Lehrlingswesens zeigt, wonach die von einer Innung erlassenen statutarischen Bestimmungen ihre Wirkungen auch für Nichtinnungsmitglieder zu äussern haben.¹⁾

In keinem Vergleich steht schliesslich die den öffentlichen Korporationen eingeräumte eigene Strafgewalt zu derjenigen, welche den privaten Körperschaften innewohnt. Dass letztere ihrem freien Ermessen entsprechende Bestimmungen darüber treffen kann, welche Rechtsnachteile diejenigen ihrer Mitglieder treffen sollen, die sich einer Übertretung ihrer Rechtspflichten gegen die Genossenschaft schuldig machen, bedarf keiner besonderen Begründung.

1) Vergl. § 100 e der Gewerbe-Ordnung.

Dieselben können in solchen Fällen je nach Ermessen und der Schwere des Falles den Zuwiderhandelnden in eine sich in den Grenzen der Statuten bewegende Konventionalstrafe nehmen.

Bei der öffentlich-rechtlichen Korporation ist die Sachlage eine teilweis andere. Während die Staatsgewalt die in den statutarischen Bestimmungen der Privatgesellschaften enthaltenen Strafandrohungen für Kontraventionsfälle ganz ignoriert, übt sie bei öffentlich-rechtlichen Korporationen schon bei dem Errichtungsakte ihr behördliches Prüfungsrecht aus, um zu erwägen, ob auch der materielle Inhalt der aufzunehmenden Strafbestimmungen und die Höhe der in ihnen angedrohten Geldstrafen als zutreffend zu erachten sei; denn da bei diesen Korporationen der Einzelne seinen Beitritt nicht aus seinem freien Willen hervorgehen lässt, sondern ihn gezwungen leistet, so muss eine behördliche Kontrolle über die Redaktion der Normen obwalten, denen er sich zu unterwerfen hat. Diese Kontrolle dehnt sich dann aber noch über die zeitliche Grenze des Erlasses jener Normen aus.

Denn der Staat kann unter Umständen der Anwendung der korporativen Strafgewalt Zügel anlegen, indem er hemmend auf die allzuweit gehende Neigung der Verwaltungsorgane zu Ordnungsstrafen, anderseits aber auch stimulierend auf dieselben einwirkt, wenn sie die Ansicht vertreten, dass sie fakultativ berechtigt seien, die in den statutarischen Bestimmungen vorgesehenen Ordnungsstrafen in Anwendung zu bringen.

Eine erhebliche Abweichung von den Privatkorporationen besteht sodann für die öffentlich-rechtlichen Korporationen darin, dass den von einer Ordnungsstrafe

Betroffenen die Beschreitung des Rechtsweges gegen die betreffende Verfügung verschlossen ist, und dass ihnen nur der Verwaltungsrechtsweg offen steht.

Die gemäss den statutarischen Bestimmungen einer öffentlichen Korporation verhängten Geldstrafen können staatlicherseits an die Kasse derselben verwiesen werden. So z. B. die wegen Zuwiderhandlung gegen die Unfallverhütungsvorschriften seitens der Arbeiter (§ 78 Nr. 2 des Unfallversicherungsgesetzes) verhängten Strafen an die Krankenkasse (§ 80 Abs. 2¹). Ähnlichen Bestimmungen begegnet man im Rechte der Gemeinden²).

V.

Stellung des Staates zu den Korporationen.

A. als Polizeistaat.

Betrachtet man die Stellung des Staates zu dem Genossenschaftswesen, so muss man unterscheiden, ob es sich um den Polizeistaat früherer Zeiten oder den Rechtsstaat handelt.

Das römische Recht ging, wie schon erwähnt, von dem Gedanken aus, dass nur diejenigen Vereine eine Lebensberechtigung und somit juristische Persönlichkeit besässen, welche zu ihrem Bestande eine obrigkeitliche Konzession erlangt hätten. Dasselbe kennt somit nur einen einheitlichen, staatlichen Konstitutivakt, welcher den rechtlichen Bestand des ohne ihn ungiltigen Vereins begründet und demselben zugleich die erforderliche Vermögensfähigkeit gewährt³).

1) v. Woedtke, Unfallversicherungsgesetz.

2) Vergl. das preuss. Ges. v. 26. März 1856.

v. Roenne, Preuss. Staatsrecht IV. S. 182, 775.

3) Gierke, Genossenschaftsrecht III S. 96 ff.

Eine solche Doctrin war dem deutschen Rechte fremd, denn dasselbe huldigte der unbedingten, in keine Schranken gewiesenen Zulässigkeit der freien Körperschaftsbildung, insoweit dieselbe nicht einem verbotenen Zwecke diene¹⁾.

Und zwar galt diese Praxis bis zum 16. Jahrhundert, nur teilweise durchbrochen²⁾ von dem sich geltend machenden Versuch, die Frage der materiellen Unerlaubtheit der einzelnen Korporationen von der des Mangels der Korporationsrechte zu trennen³⁾.

Dagegen drang seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Lehre durch, dass jede Körperschaft zu ihrer Existenz der staatlichen Authorisation bedürfe. Somit war dem germanischen Urrecht der freien Association der Boden entzogen und das staatliche Monopol der Verbandspersonifikation eingeführt.

Auf dem Standpunkt der Notwendigkeit einer vormundschaftlichen Fürsorge stehend, kontrollierte der Polizei- und Bevormundungsstaat jedes Wollen und Handeln seines willensunfähigen Mündels, um zu erwägen, ob dasselbe auch nicht etwa gegen seine eigenen Lebensinteressen unter dem Gesichtspunkt der *salus publica* verstosse, und im Falle des Vorhandenseins mehr oder minder dringender Zweckmässigkeitsgründe jede ihm missliebige erscheinende Korporation aufzuheben.

1) Stobbe a. a. O. I S. 465. Gierke, Genossenschaftsrecht III S. 724.

2) Gierke a. a. O. S. 368.

3) Gierke a. a. O. 372.

Auf diesen Prinzipien beruht die Korporationstheorie des Preussischen Allgemeinen Landrechts.

Die über die Körperschaften handelnden Bestimmungen sind dort in den §§ 25—202 Teil II Titel 6 enthalten.

Das Gesetz nimmt nun zwar den Standpunkt ein, dass die Bildung von Gesellschaften erlaubt sei, insofern ihr Zweck mit dem gemeinen Wohle bestehen könne (§ 2. II 6.), um diesen Gesellschaften zu gestatten, insofern nicht besondere Gesetze in dieser Beziehung ergangen sind, unter sich die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder mittels gegenseitiger Übereinkunft zu ordnen (§ 11 a. a. O.); allein die Rechte der Korporationen und Gemeinden kommen nur solchen vom Staate genehmigten Gesellschaften zu, welche sich zu einem fortdauernden gemeinnützigen Zwecke verbunden haben (§ 25. a. a. O.)

Die Zulassung der Korporationen hängt also nach der landrechtlichen Doctrin von dem freien Ermessen der Obrigkeit ab, ein Standpunkt, der der Rechtsanschauung des vorigen Jahrhunderts entsprach.

Zwar enthielt die Preussische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 im Art. 31 die Bestimmung: „Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz“, allein dieses Gesetz ist bisher nicht ergangen, und somit liegt es auch heute noch in der Hand des Staatsoberhauptes, insoweit nicht etwa die Specialgesetzgebung dies überflüssig gemacht hat, zu bestimmen, ob das Privilegium gewährt oder verweigert werden solle.

Besonders wird dem Gedanken der staatlichen Bevormundung dadurch Ausdruck verliehen, dass die Obrigkeit aller Orten zum Aufpassen bestellt und berufen ist, um ihre Genehmigung zu erteilen, ob etwas seitens der Gesellschaft geschehen darf. So bei Änderung gesellschaftlicher Bestimmungen (im Gegensatz zur Grundverfassung) § 30 a. a. O.; wenn eine dunkle Stelle in den Statuten interpretiert werden soll § 34. Sind darin Rechte und Pflichten gegen andere vorgesehen, so interpretiert die Behörde allein § 35. — Austossung von Korporationsmitgliedern § 44. — Aufnahme neuer durch Cooptation § 48. — Bestätigung der Beschlüsse bei vorhandener Stimmengleichheit § 63. — Erhebung neuer und Erhöhung bisheriger Beiträge §§ 66. 67. — Abweichungen von den Bestimmungen in einer für die Korporation bestimmten Stiftung §§ 74—79 — Ansichbringen oder Veräussern von Immobilien §§ 83—85 — Tilgung einer Gesellschaftsschuld durch neue oder erhöhte Beiträge § 97. — Staatskontrolle über das Gesellschaftsvermögen §§ 111. 112. Wider die Rechte des Staates darf nichts vorgenommen noch beschlossen werden § 143. — Die Wahl von Korporationsmitgliedern zur Besetzung der Beamtenstellen unterliegt der weitgehendsten Kontrolle der Obrigkeit, die auch den Gewählten nach Belieben verwerfen — §§ 160 bis 165 —, sowie einen ihr missliebigen Beamten absetzen kann § 172. — Fehlt es an tauglichen Mitgliedern zur Besetzung von Beamtenstellen, so besorgt der Staat solche §§ 176. 186. 188.

Mögen auch sämtliche Mitglieder einer öffentlichen Gesellschaft den Beschluss ihrer Aufhebung fassen, so

kann dieselbe doch nur unter staatlicher Genehmigung erfolgen. § 180.

Anderseits kann aber auch der Staat, wenn er findet, dass der von der Korporation verfolgte Endzweck dem gemeinen Wohle schädlich wird, die Aufhebung derselben anordnen § 190. Handelt es sich aber nur um Missbräuche oder Mängel der inneren Verfassung, so liegt ihm nur die Befugnis ob, diese Missbräuche abzustellen § 191 a. a. O.

Der Staat hat also nach seiner Auffassung den Beruf, den Willensapparat der juristischen Person in ihrem eigenen Interesse zu ergänzen und zu korrigieren. Seine Fürsorge beschäftigt sich mit allen Details der Korporationsthätigkeit.

Er greift in dieselben in positiver oder negativer Richtungein, octroyiert der schlechtberatenen Korporation seinen Willen, entfernt ihre Organe, wenn sie ihm missliebig sind, und bringt die Körperschaft gänzlich zum Erlöschen, wenn das Ergebnis einer mit ihren Tendenzen vorgenommenen Prüfung ihm die Anwendung einer solchen Befugnis zweckdienlich erscheinen lässt.

Bei allen diesen dem Staat beigelegten Befugnissen, das Körperschaftsleben zu einer blossen Vegetation von seinen Gnaden herabzudrücken, lässt das Gesetz stets den Gedanken durchschimmern, dass der Staat hierbei als Träger der allgemeinen Interessen um des öffentlichen Wohles willen handelnd auftrete.

Allein in Wahrheit ist der Gedanke nicht abzuweisen, dass der Staat überall in seinem eigenen Interesse handelt, auch wenn die für die Körperschaften gegebenen Gesetze mit Rechtssätzen untermischt sind,

die den Gesichtspunkt, von welchem die Handlungen des Staates zu beurteilen sind, verschleiern.

Da somit im Preussischen Allgemeinen Landrecht jede Körperschaft zu einer Staatsanstalt mit korporativer Verfassung gestempelt wird, so kann im Polizeistaat nur von öffentlichen Korporationen die Rede sein. Der Begriff der Privatkorporationen ist in ihm nicht mehr vorhanden.¹⁾

B. als Rechtsstaat.

Im heutigen Rechtsstaat gehört dagegen die staatliche Vor- oder Obervormundschaft über juristische Personen dem deutschen Recht als Prinzip nicht mehr an. Der Staat beschränkt sein Fürsorgerecht lediglich auf die blosse Prüfung der Rechtmässigkeit der Körperschaftsaktionen, ohne sich gleichzeitig einer Prüfung ihrer Zweckmässigkeit zu unterziehen. In den neueren Reichs- und Landesgesetzen sind zahlreiche privatrechtliche Korporationen von jeder ständigen Einschränkung ihrer Selbstbestimmung durch staatliche Mitwirkung befreit.

1) Rosin: Zur Lehre von der Korporation und Gesellschaft, insbesondere der erlaubten Privatgesellschaft nach Allgemeinem Landrecht und heutigem Preuss. Recht in Gruchots Beiträgen XXVII (1882) S.121.

Dernburg, Preuss. Privatrecht I § 50 Note 2. Den Gegensatz von öffentlichen Korporationen bilden nach den §§ 11 ff. II 6 A. L. R. die erlaubten Privatgesellschaften. „Dergleichen Gesellschaften stellen im Verhältnisse gegen andere ausser ihnen keine moralische Person vor, und können daher auch als solche weder Grundstücke noch Kapitalien auf den Namen der Gesellschaft erwerben“ § 13. „Unter sich aber haben dergleichen Gesellschaften, so lange sie bestehen, die inneren Rechte der Korporationen und Gemeinen“ § 14.

Übt somit der Staat gewissermassen nur eine Kontrolle über die Rechtmässigkeit der Thätigkeit der Korporationen aus, so ist damit das Dogma ihrer Mündel-eigenschaft beseitigt. Nicht mehr unterliegt das Körperschaftsleben der staatlichen Willkür, sondern dem Recht und dem Gesetz.

Nur die öffentlich-rechtlichen Korporationen sind in einer stärkeren staatlichen Gebundenheit verblieben, allein auch sie sind keinen anderen staatlichen Beschränkungen unterworfen, als denen, welche auf Recht und Gesetz beruhen.

Diese staatliche Beschränkung besteht zumeist in einer ständigen Aufsicht über die öffentlichen Körperschaften, während sich dieselbe für private Körperschaften im normalen Verlauf ihrer Existenz nicht, sondern nur in solchen Fällen geltend macht, wo die Gefahr vorliegt, dass die mit den Privatzwecken verbundenen öffentlichen Zwecke durch Pflichtwidrigkeiten der Korporationsorgane eine Beschädigung erleiden. Dagegen bestehen noch immer und zwar zum Teil für alle juristischen Personen gewisse Amortisationsgesetze, welche denselben nicht gestatten, aus Schenkungen oder letztwilligen Verfügungen ohne staatliche Genehmigung eine Erwerbung zu machen.¹⁾

Mit der Ausbildung des Rechtsstaates ist es dem Staat auch benommen, aus blosser Zweckmässigkeits-erwägung die Existenz einer Korporation zu gefährden und mittels blossen Verwaltungsaktes dieselbe aufzuheben. Um dies zu ermöglichen, bedarf es entweder einer Zustimmung der betreffenden Körperschaft oder

1) Kahl, Die deutschen Amortisationsgesetze S. 299 ff.

des Vorhandenseins bestimmter Rechtsgründe, die nur dann gegeben sind, wenn die Korporation sich als gänzlich untauglich zur Erfüllung ihrer Aufgaben erweist oder sich solcher Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, welche eine Gefährdung des Gemeinwohls in sich schliessen. ¹⁾

Aber, auch in solchen Fällen kann die vom Staate in ihrem Dasein bedrohte Körperschaft dem Willen jenes gegenüber auf Entscheidung durch Richterspruch, — sei dies nun ein civil-, straf- oder verwaltungsrichterlicher — provozieren, da ein blosser Verwaltungsakt nicht mehr als ein definitiver Machtspruch im Rahmen des geltenden Rechts zu erachten ist.

Betrachten wir nunmehr die Stellungnahme des Bürgerlichen Gesetzbuches den Korporationen gegenüber, so ergibt sich dieselbe aus dem Inhalt des von den juristischen Personen handelnden zweiten Titels des ersten Buches.

Während das Gesetzbuch die Konstruktion des Begriffes der juristischen Personen, für welche es ebenfalls die Fiktion adoptiert, dass sie einheitliche physische Personen seien, der Wissenschaft überlässt, definiert es das Wesen der juristischen Persönlichkeit als darin bestehend, dass die an sich nur den natürlichen Personen zustehende Vermögensfähigkeit auf Grund von Legalbestimmungen einem Personenvereine oder einem Vermögensinbegriffe beigelegt ist. (Motive S. 78).

Das Bürgerliche Gesetzbuch ²⁾ unterscheidet mehrere Arten von juristischen Personen:

1) Gierke, Genossenschaftstheorie S. 848.

Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 34. 35.

2) Im ersten Entwurf waren die juristischen Personen in

I. Rechtsfähige Vereine¹⁾, d. h. selbständige Personenvereine privatrechtlicher Natur (§§ 21—79), und zwar

1. mit idealen Tendenzen § 21,

2. mit wirtschaftlichen Tendenzen § 22;

II. Rechtsfähige Stiftungen²⁾, d. h. selbständige Zweckvermögen mit besonderen Einrichtungen (Anstalten), oder ohne solche (§§ 80—88);

III. Juristische Personen des öffentlichen Rechtes aller Art, einschliesslich der staatlich anerkannten kirchlichen Vereine und Stiftungen (§ 89).

Körperschaften (§§ 42—57) und in Stiftungen geschieden (§§ 58—62). Eine lebhafte Anfechtung des Körperschaftsrechtes hat derselbe s. Z. von Gierke in seinen „Personengemeinschaften u. Vermögensinbegriffe in dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich“ erfahren.

1) Der Vereinsbegriff ist als solcher im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht definiert. Er ergibt sich aus den §§ 21. 22. Man kann sagen: Verein ist eine Personenmehrheit mit vertragsmässig geschaffener rechtlicher Möglichkeit, die einzelnen Mitglieder zu allen, einem bestimmten gemeinschaftlichen Zweck entsprechenden Handlungen zu verpflichten.

2) Auch der Begriff der Stiftung ist im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht bestimmt.

Nach den Motiven S. 78 liegt ihm die Auffassung zu Grunde, dass man unter „Stiftung“ einen personifizierten Vermögensinbegriff zu verstehen habe.

Somit ist für seine Vorstellungsweise lediglich ein für einen gewissen Zweck gewidmetes Vermögen vorhanden, zu welchem kraft der Fiktion, um die Verselbständigung dieses Vermögens zu erzielen, ein künstliches Subjekt hinzugedacht wird.

Gierke a. a. O. S. 39 hält diese Konstruktion für verfehlt, indem er darauf hinweist, dass die Stiftungspersönlichkeit lediglich eine von der Rechtsordnung anerkannte reale Verbandseinheit sei, in welcher sich eine von den jeweiligen Einzelwillen unabhängige soziale Willensmacht verkörpere.

Die letztgedachte Kategorie, namentlich das öffentliche Vereinsrecht mit Einschluss des staatlichen Aufsichtsrechts wurde mit Ausnahme einiger Bestimmungen (§§ 89. 395. 411. 976. 981. 983.) von dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht in den Kreis seiner Regelung gezogen, sondern dem Landesrechte überlassen.

Gleichfalls nicht von dem Bürgerlichen Gesetzbuch werden die bereits reichsgesetzlich geordneten Vereinigungen, wie die handelsrechtlichen Gesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, behandelt und ebenso wenig die Versicherungsgesellschaften.

Für erstere soll das bereits geltende Reichsrecht massgebend bleiben, für letztere ein besonderes Gesetz geschaffen werden. (Denkschrift S. 14). Was schliesslich die übrigen juristischen Personen betrifft, so behalten die Bestimmungen der Landesgesetze zum Teil ihre Kraft. Das staatliche Aufsichtsrecht bleibt bestehen (Kommissionsbericht S. 20).

Die Rechtsfähigkeit der Vereine wird je nach der Tendenz derselben auf verschiedene Weise erlangt:

1. für Vereine, welche einem idealen Hauptzweck dienen, ist das Prinzip des Registerzwanges zur Geltung gelangt, indem für sie die Eintragung in das gerichtliche Vereinsregister erforderlich ist (§§ 21, 55).

Dagegen ist

2. für Vereine, welche dem Hauptzweck des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes dienen, das Konzessionsprinzip eingeführt. Sie bedürfen, insoweit ihre Regelung nicht durch reichsgesetzliche Vorschriften geschieht, wie bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Kranken- und Unfallversiche-

rungsgesellschaften u. s. w., der staatlichen Genehmigung (§ 22).

Einem nicht in einem Bundesstaate ansässigen Verein kann die Rechtsfähigkeit in Ermangelung besonderer reichsgesetzlicher Vorschriften nur durch einen Bundesratsbeschluss verliehen werden (§ 23).

Für Stiftungen wird die Rechtsfähigkeit durch Genehmigung des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz nehmen, und falls eine Niederlassung ihrerseits in einem Bundesstaate nicht erfolgt, durch Genehmigung des Bundesrates bedingt. (§ 80).

Die der Körperschaft unentbehrliche Verfassung wird, insofern nicht reichsrechtlich begründete Körperschaften in Frage stehen, durch die Vereinssatzungen bei Vereinen (§ 25) und bei Stiftungen durch das Stiftungsgeschäft (§ 85) bestimmt¹⁾.

Nicht als Quelle der Verfassung ist die Observanz erwähnt (Motive S. 94).

Als künstlich geschaffene, willenlose Trägerin von Rechten bedarf die Körperschaft der Vertretung, denn nur durch Vertreter kann dieselbe am Verkehr teilnehmen.

Diese Vertretung liegt in den Händen eines von der Mitgliederversammlung des Vereins bestellten Vorstandes (§ 27), welcher aus einer oder mehreren Personen bestehen kann. (§ 26). Ein gleiches gilt für Stiftungen (§ 86).

Die Bestellung desselben ist jederzeit widerruflich (§ 27), ausgenommen bei Stiftungen (§ 86). Auch

1) Das Stiftungsgeschäft kann in einem selbst einseitigen Rechtsgeschäft unter Lebenden (§ 81) oder in einer testamentarischen Disposition (§ 83) bestehen.

können neben dem Vereinsvorstand für gewisse Geschäfte besondere Vertreter bestellt werden (§ 30). — Für eingetragene Vereine (§ 21), die nur zulässig sind bei einer Zahl von mindestens 7 Mitgliedern (§ 56), ist Erfordernis, dass gewisse Bestimmungen der Satzung über Ein- und Austritt der Mitglieder, Beitragshöhe, Bildung des Vorstandes ihre Eintragung erfahren (§§ 59, 67), und ebenso eine Änderung der Satzung (§ 71).

Mit der Eintragung erhält der Verein den Zusatz „eingetragener Verein“ (§ 65).

Unter Umständen kann dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen werden, z. B. wegen zweckwidrigen Verhaltens (§ 43), dagegen muss diese Entziehung eintreten, wenn die Zahl der Vereinsmitglieder unter 3 herabsinkt (§ 73).

Aufgelöst kann der Verein werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung (§ 41), die Stiftung durch Beschluss der zuständigen Behörde (§ 87).

Mit Auflösung des Vereins fällt dessen Vermögen an die in der Satzung bestimmten Personen (§ 45).

Ein gleiches gilt für Stiftungen (§ 88).

Ermangelt es an einer Bestimmung der Anfallberechtigten, so erfolgt der Anfall an die zur Zeit vorhandenen Mitglieder, eventuell an den Fiskus¹⁾ des be-

1) Dass der Fiskus sich als juristische Person darstellt, kann nicht zweifelhaft sein, wenschon es nach dem ersten Entwurfe zweifelhaft war, ob er zu den Körperschaften und Stiftungen gerechnet werden solle (Motive S. 125). Unter den staatsrechtlichen Körperschaften kommt er nach dem Preuss. Allg. Landrecht in erster Linie in Betracht (II 14 §§ 1 ff. 44 ff.). Förster-Eccius a. a. O. IV S. 677. Schulze, Preussisches Staats-

treffenden Bundesstaates (§ 45 Abs. 3). Derselbe hat das vorhandene Vermögen thunlichst in einer den Zwecken des Vereins entsprechenden Weise zu verwenden (§ 46). Dies hat auch bei Stiftungen zu geschehen, wenn das Stiftungsvermögen an den Fiskus fällt (§ 88). Fällt das Vereinsvermögen nicht an den Fiskus, so muss eine Liquidation stattfinden (§ 47), welche durch den Vorstand erfolgt. (§ 48).

Bei eingetragenen Vereinen muss die Auflösung des Vereins, Entziehung der Rechtsfähigkeit und etwaige Konkurseröffnung in das Vereinsregister eingetragen werden (§§ 74, 75).

VI.

Die verschiedenen Theorien über den Begriff der öffentlichen Korporation und ihre Prüfung.

Es ist oben im allgemeinen ausgeführt worden, welche Stellung die öffentlichen Korporationen den privaten gegenüber einnehmen, allein worin die Sonderstellung dieser beiden Gattungen betreffs ihrer für sie entscheidenden Merkmale gegen einander besteht, darüber hat die Litteratur bisher keine einheitliche Stellung einzunehmen vermocht, vielmehr weichen die Ansichten der einzelnen Schriftsteller in diesem Punkte wesentlich von einander ab.

Es soll nun versucht werden, aus den verschiedenen Begriffsbestimmungsweisen den echten Kern herauszuschälen. Zu diesem Behufe beginnen wir mit Gierke, welchem unbedingt der Ruhm des grössten Meisters auf dem Gebiete der Genossenschaftstheorie gebührt.

recht II. 399. Im Bürgerlichen Gesetzbuch wird er ausdrücklich als juristische Person des öffentlichen Rechts bezeichnet. (§ 89).

1. Die Gierkesche Theorie giebt, wie schon erwähnt, keine erschöpfende Antwort auf die Frage, worin die öffentliche Genossenschaft besteht.

Gierke sagt¹⁾:

Als „öffentliche Genossenschaften“ bezeichnen wir alle öffentlichen Körperschaften, die nicht Gemeinden sind.

Der Begriff der „öffentlichen“ Körperschaft habe im deutschen Recht weder eine Eindeutigkeit noch feste Begrenzung. Denn weder in den verschiedenen Reichs- noch Landesgesetzen werde er im gleichen Sinne gebraucht. Auch werde nicht nur allen Gemeinden, sondern auch manchen Genossenschaften ausdrücklich die Eigenschaft von „Körperschaften des öffentlichen Rechtes“ beigelegt, bei vielen Genossenschaften aber nur eine Reihe von Einzelbestimmungen getroffen, aus denen auf das Dasein der gleichen Eigenschaft geschlossen werden müsse. Da bei den verschiedenen Körperschaftsgattungen je nach ihrer staatlichen Wertung die einzelnen Rechtssteigerungen in sehr ungleichem Masse vollzogen würden, gebe es kein einzelnes Merkmal, an welchem die öffentliche Körperschaft mit Sicherheit zu erkennen sei²⁾.

Entscheidend sei vielmehr die in der Rechtsordnung ausgeprägte Gesamtauffassung. Dabei bleibe innerhalb des Begriffes der öffentlichen Genossenschaft für eine stärkere oder schwächere Entfaltung des öffentlich-rechtlichen Typus Raum³⁾.

1) Gierke, Privatrecht I S. 619.

2) Gierke a. a. O. S. 620.

3) Gierke a. a. O. S. 621.

Insoweit hiernach eine öffentliche Genossenschaft vorliege, unterstehe sie zwar als Genossenschaft den allgemeinen Rechtssätzen über Körperschaften, empfange aber als öffentliche Genossenschaft ihre Eigenart durch besondere Rechtssätze des öffentlichen Rechts.¹⁾

Das Wesen der öffentlichen Korporationen bestehe in der Unterstellung des körperschaftlichen Sozialrechts unter gleichartige Gesichtspunkte und Normen, wie sie das staatliche Gemeinleben beherrschen.²⁾ Der Staat unterstelle das Gemeinleben der öffentlichen Körperschaft gleichartigen Normen, wie sie in seinem eigenen Gemeinleben massgebend seien.

Die Verbandsgewalt gelte als eine Gewalt mit obrigkeitlichem Charakter und nehme eine obrigkeitliche Stellung ein.³⁾ Andererseits vindiziere sich aber der Staat eine Herrschaft über die allgemeine Körperschaftshoheit, er wirke bestimmend auf ihre Institutionen und auf deren Änderungen, bedinge den Eintritt ihrer Aufhebung von seiner Zustimmung und übe über ihre Lebensordnung ein Aufsichtsrecht aus, dem eine grössere Intensität innewohne, als den privaten Verbänden gegenüber.

So treffend alle diese Momente hervorgehoben erscheinen, um das Wesen der öffentlichen Korporationen zu charakterisieren, so trifft doch die Definition des Begriffs des letzteren der Vorwurf, dass sie sich als eine negative hinstellt, und dass die Entscheidung der

1) Gierke a. a. O. S. 622.

2) Ebendasselbst S. 619. Gierke, Genossenschaftstheorie S. 167.

3) Gierke, Privatrecht S. 619, Genossenschaftstheorie S. 168.

Frage, ob eine öffentliche Korporation vorliegt, von den Kriterien des Einzelfalles abhängig gemacht wird.

2. Eine weitere Theorie findet das entscheidende Moment, welches der öffentlichen Körperschaft als etwas Charakteristisches anhaftet, darin, dass das Verhältnis derselben zu ihren Mitgliedern eine besondere Gestaltung aufweist.

Die Gruppe der Schriftsteller, welche sich dieser Theorie zuneigen, weist indessen wieder in sich divergierende Ansichten auf:

a) solche, welche diejenigen Körperschaften als öffentliche bezeichnen, bei denen Bestimmung, Entstehung und Endigung des Gemeinschaftsverhältnisses öffentliche Verhältnisse betreffen und auf öffentlicher Notwendigkeit und gesetzlicher Vorschrift beruhen, so dass also für die Beteiligung der einzelnen, dem Verbandskörper angehörenden Individuen nicht der freie Wille, sondern der Staatszwang entscheidend ist.¹⁾

b) Dieser Meinung entgegen erblickt Ihering²⁾ das entscheidende Moment in dem Recht zum Beitritt.

1) Rösler, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I § 80 S. 205.

Vergl. Pfeifer, Lehre von den juristischen Personen § 19.
Roth, System des deutschen Privatrechts I S. 410.

E. Mayer in der Münchener kritischen Vierteljahrsschrift N. F. VII S. 592.

Löning, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts S. 271 Note 3.

v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts II § 86 S. 242, unterscheidet die juristischen Personen, je nachdem sie ein natürliches oder notwendiges oder aber künstliches oder willkürliches Dasein haben.

2) Ihering, der Zweck im Recht I S. 296—305.

„Öffentlich“ sagt er¹⁾ „heisst, was offen ist.“
„Den Gegensatz des Offnen bildet das Geschlossene, Gesperrte, den des publicum das privatum.“

Somit sei eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts diejenige, die neuen Mitgliedern den Zutritt gestatte, während die des Privatrechts sich nach aussen absperre. Erstere hätte als Verein, letztere als Societät zu gelten. Exklusion sei das Wesen der Societät, Expansion das des Vereins. Dieser Expansionstrieb sei allen Vereinen gemeinsam, den bedeutendsten wie unbedeutendsten, dem Staate wie der Kirche, den politischen, kirchlichen, wissenschaftlichen, geselligen.

Der Staat erobere, die Kirche mache Propaganda, die Vereine werben, der Name sei verschieden, die Sache dieselbe²⁾

c) Eine andere Meinung will im Gegensatz zu der privaten der öffentlichen Korporation eine obrigkeitliche Gewalt und Zwangsgewalt ihren Mitgliedern gegenüber einräumen.³⁾

1) Ihering, Der Zweck im Recht I S. 296.

2) Ebendasselbst S. 301.

3) Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I § 5 S. 24: „Derartige öffentlich-rechtliche Korporationen können vom Staate für von ihm gewollte Zwecke errichtet, mit obrigkeitlichen Befugnissen ausgestattet und dadurch zu einem Gliede der Staatsverwaltung werden. Es giebt aber auch öffentlich-rechtliche Korporationen, welche unabhängig vom Staate entstanden sind, deren obrigkeitliche Gewalt vom Staate nicht geschaffen, sondern nur anerkannt ist, so namentlich die Kirchen. Bei den öffentlichen Korporationen findet in der Regel ein Beitrittszwang statt, obwohl die Eigenschaft als öffentliche Korporation und der Beitrittszwang nicht notwendig zusammenfallen.“

Keine dieser drei Theorien kann als das Kriterium der öffentlich-rechtlichen Korporationen in zutreffender Weise feststellend anerkannt werden, denn während sie darauf hingewiesen sind, um den Begriff der öffentlich-rechtlichen Korporationen erschöpfend zu erklären, das Verhältnis zu berücksichtigen, in welchem jene Körperschaften zum Staate stehen, und dieses zu beleuchten, begnügen sie sich damit, dasjenige in den Vordergrund zu ziehen, in welchem die Korporation ihren Mitgliedern gegenüber steht. Nur die letztgedachte Theorie lässt den Zusammenhang zwischen Staat und Mitgliedschaft der Verbandsperson ahnen, indem sie von einer Zwangsgewalt des ersteren über letztere spricht und darin das Entscheidende für den Begriff sucht.

Hinschius, in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts I S. 257, sagt betreffs der kirchenrechtlichen Organe: „Da die Stellung der Kirche auf der staatlichen Anerkennung ruht, kann sich die ihr gewährte obrigkeitliche Macht nur über diejenigen erstrecken, welche der Staat als ihre Glieder betrachtet.“

Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte sagt S. 253: „Das Merkmal des öffentlich-rechtlichen Verbandes kann nur darin liegen, dass ihm Rechte zustehen, die prinzipiell der Herrschaftssphäre des Staates zugehören. Diese ihm zustehenden Herrschaftsrechte übt der Verband über die ihm Eingegliederten aus.“

v. Sarwey, Allg. Verwaltungsrecht I S. 72, spricht von „Ausstattung mit staatlicher Gewalt,“ E. Mayer in der kritischen Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft N. F. VII S. 593 von der obrigkeitlichen, d. i. äusseren Zwangsgewalt, während sonst die Vereinsdisziplin nur durch psychische Mittel wirke.“

Dass die Theorie sub a) keine zutreffende ist, ergibt sich schon daraus, dass es auch öffentliche Körperschaften giebt, betreffs deren ein staatlicher Beitrittszwang nicht vorhanden ist. So ist z. B. jeder Zwang zum Beitritt zu einer der bestehenden Kirchengemeinden ausgeschlossen.

Der Konfessionslose kann mit Rücksicht auf die herrschende Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht genötigt werden, sich äusserlich zu einer Konfession zu bekennen, während er dem Atheismus huldigt.

Andererseits kann wieder in den Land- und Stadtgemeinden jedermann ungehindert seinen Aufenthalt nehmen, ohne gezwungen zu sein, wegen seines Anzuges eine Abgabe zu entrichten.¹⁾ Zum Eintritt in die Gemeinde selbst ist er nicht verpflichtet, kann also auch nicht zur Entrichtung der diesen Eintritt bedingenden Abgaben angehalten werden.

Übt ein öffentlicher Verbandskörper auf gewisse Personen einen Zwang zum Beitritt aus, so beruht dies auf einem staatlichen Willensentschluss.

Dies ist u. a. der Fall bei allen Korporationen

1) Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 §§ 1. 8. —

Nach dem § 1 des Ges. v. 14. Mai 1860 sind die Vorschriften in dem § 52 der Städteordnung für die östlichen Provinzen Preussens vom 30. Mai 1853, im § 52 der Städteordnung für Westfalen vom 19. März 1856 und im § 48 der Städteordnung für die Rheinprovinz wegen Erhebung eines Einzugsgeldes, eines Hausstands- oder Eintrittsgeldes und eines Einkaufsgeldes aufgehoben. Dagegen darf nach § 6 des Ges. vom 2. März 1867 in den Städten, wo das Bürgerrechtsgeld eingeführt ist, vor dessen Entrichtung das Bürgerrecht nicht ausgeübt werden.

der öffentlichen Arbeiterversicherung, bei öffentlichen Wassergenossenschaften nach den meisten deutschen Landesgesetzen¹⁾ und dem preussischen Gesetz vom 1. April 1879,²⁾ bei Waldgenossenschaften nach dem preussischen Gesetz vom 6. Juli 1875, Deichgenossenschaften nach dem preussischen Gesetz vom 28. Januar 1848.

Anderseits kann aber auch für Privatgesellschaften ein Beitrittszwang stattfinden, wie dies zum Teil der Fall ist betreffs des Beitritts zu Brandversicherungsanstalten und für Berggewerkschaften.³⁾

Innungen gelten nach heutigem Recht ebenso wenig wie die preussischen Landschaften als Zwangsverbände.

So wenig also die Pflicht zum Beitritt zu einer Korporation als das charakteristische Merkmal für deren publizistische Qualität angesehen werden kann, wird man aber auch

b) mit Ihering annehmen können, dass dieses entscheidende Merkmal in dem Recht zu ihrem Beitritt zu erblicken ist.

1) Gierke, Genossenschaftsrecht I S. 737 Nr. 56.

Löning a. a. O. S. 393 Nr. 3.

2) Nach dem preussischen Gesetz findet nur bei gewissen Arten der Wassergenossenschaften, nämlich den „Genossenschaften zur Ent- und Bewässerung von Grundstücken für Zwecke der Landeskultur“ ein Beitrittszwang statt. Darüber hinaus kann nach § 46 niemand gezwungen werden, einer öffentlichen Genossenschaft als Mitglied beizutreten.

3) In früheren Gesetzen war die Form der Gewerkschaft geboten bei einer Teilnehmerzahl von mehr als 8. Nach § 94 des preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bilden zwei oder mehrere Mitbeteiligte eines Bergwerks ipso jure eine Gewerkschaft.

Die gesamten Deduktionen Iherings, welche keinen Beifall in der Litteratur gefunden haben,¹⁾ bewegen sich nicht auf einer positiv rechtlichen Grundlage, sondern sind lediglich philosophische Ansichten, welche für die angeregte Frage keine Entscheidung enthalten und umsoweniger enthalten können, als sie auf ganz irrigen Voraussetzungen fussen; denn ein sogenanntes Beitrittsrecht besteht keineswegs bei sämtlichen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, indem bei manchen die Mitgliedschaft auf Ernennung,²⁾ bei anderen wieder auf Präsentation und Kooptation beruht.

Auch müsste nach Iherings Definition eine jede Privatkorporation den Charakter einer öffentlichen erlangen, wenn sie sich anheischig machte, jedermann ohne Ausnahme in ihre Mitgliederzahl aufzunehmen, sodass also ein allgemeines Recht zu ihrem Beitritt entstände.

Durch die sprachliche Nebeneinanderstellung der Begriffe „öffentlich“ und „offen“ kann, wie Ihering will, das Vorhandensein einer Gesellschaft des öffentlichen Rechts nicht erweislich gemacht werden.

c) Wenn die Anhänger dieser Theorie auch darüber einig sind, dass der Unterschied zwischen der öffentlichen und privaten Korporation darin bestehe, dass erstere einen obrigkeitlichen Verwaltungszwang, letztere aber diesen nicht auszuüben berechtigt sind, so weichen sie doch in ihren Ansichten darüber ab, worin das

1) Löning a. a. O. S. 271 Note 3.

Rosin, Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 5 f.

Gierke, Privatrecht I S. 621 Note 14.

2) So z. B. bei Akademien.

Wesen dieses Verwaltungszwanges zu finden sei. Nur so viel geben sie insgesamt zu, dass das Herrschafts- und Subjektionsverhältnis bei einer öffentlichen Korporation intensiver als bei einer privaten hervortritt, und dass diese Intensität nicht auf einer grösseren Leistungspflicht der Mitglieder beruht.

Allein der Umstand, dass man annehmen könnte, die Personen der öffentlichen Korporationen seien den Mitgliedern gegenüber mit der Qualität behördlicher Organe ausgerüstet und ihrem Willen jene kraft Gesetzes unterstellt, während bei den privaten Körperschaften diese Unterstellung auf vertragsmässiger Übereinkunft beruht, vermag nicht dazu beizutragen, die Frage in dem gewollten Sinne zu lösen und zur Auffindung eines entscheidenden Merkmals zwischen öffentlicher und privater Korporation zu dienen. Allein es ist auch keineswegs der Fall, dass die Organe der publicistischen Korporationen ihren Mitgliedern gegenüber mit einem amtlichen Charakter bekleidet sind. Es sind vielmehr ganz dieselben Vertretungs- und Willensorgane, wie bei den Privatkorporationen, nur mit teilweiser Änderung und Erweiterung ihrer Kompetenzbefugnisse. Handelt das Korporationsorgan innerhalb des körperschaftlichen Lebensgebietes, so handelt es nur innerhalb seiner verfassungsrechtlich festgesetzten Kompetenz, und ist schliesslich nicht bloss durch andere originäre, sondern auch durch die aus seiner eigenen Machtfülle abgeleiteten Kompetenzen, so lange und soweit dieselben eben verfassungsmässig verselbständigt sind, in seiner Zuständigkeit eingeschränkt.

Nach den Ausführungen von Hinschius¹⁾ fördert der Staat dadurch, dass er die obrigkeitliche Macht der Kirchen als einen Teil seines öffentlichen Lebens anerkennt und durch Gestattung der freien Ausführung dieser Gewalt die Einwirkung der Kirchen auf ihre Glieder nicht nur sichert, sondern auch verstärkt, die Kirchen indirekt am besten.

Die katholische und evangelische Kirche, und zwar letztere in ihren verschiedenen, für die einzelnen Staaten massgebenden Richtungen, sind nach Hinschius rechtlich nicht Privatvereine, sondern Anstalten des öffentlichen Rechts, zu deren Gunsten der Staat seine Souveränität beschränkt.

Nach Hinschius' Ansicht würde die „von dem Staate anerkannte Korporationsgewalt“ der Kirche ihren Mitgliedern gegenüber nicht, sowohl auf ein besonderes Verhältnis der Korporation zu ihren Mitgliedern, als auf ein solches zum Staate zurückzuführen sein, allein, ob die von Hinschius behauptete Einschränkung der Kontrolle als ein Kriterium für den Charakter der Korporation als einer öffentlich-rechtlichen überhaupt anzuerkennen ist, muss zweifelhaft erscheinen²⁾; denn aus der Betrachtung fast der gesamten öffentlich-rechtlichen Korporationen ergibt sich, dass der Staat, je mehr er geneigt ist, ein Gemeinwesen als ein öffentliches anzuerkennen, ein desto grösseres Kontrolrecht jenem gegenüber in Anspruch nimmt, um gerade

1) Hinschius a. a. O. S. 261.

2) In demselben Sinne äussert sich Zorn in seiner Kritik über „Hinschius, Staat und Kirche“ in der Kritischen Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft N. F. Bd. VII (XXVI. Bd.) S. 135 f.

hierdurch zu erkennen zu geben, dass er den Regulator aller von der Korporation vorgenommenen Handlungen bildet.

Würde es anders sein, so würde der Staat seinen Interessen zuwiderhandeln.

Ferner sagt Hinschius (S. 253):

„Darin, dass den Verbandseinheiten, welche man als öffentliche Korporationen bezeichnet, notwendig auch eine öffentlich-rechtliche Stellung und also gewisse öffentlich-rechtliche Befugnisse zukommen müssen, liegt das Wesen der öffentlichen Korporation.

Wie es in dem Wesen der Privatkorporation oder der Anstalt des Privatrechts liegt, dass sie Rechtsfähigkeit auf dem Gebiet des Privatrechts besitzt, so kann die Korporation oder die Anstalt des öffentlichen Rechts nur eine solche sein, welche gewisser öffentlicher Rechte fähig und sie auszuüben befugt ist. Es ist daher begrifflich nicht denkbar, dass eine Privatkorporation ohne diese auch durch noch so mannigfaltige Privilegien, selbst wenn sie in der Befreiung von öffentlichen Lasten oder auch in der Gewährung von gewissen staatsrechtlichen Privilegien an einzelne ihrer Beamten bestehen sollten, den Charakter einer öffentlichen Korporation erhalten kann.“

Auch in dieser Ausführung wird die Frage, was das Wesen der öffentlichen Korporation sei, nicht gelöst. Hinschius zieht eine Parallele zwischen den privaten und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und meint, dass eine Privatkorporation nicht durch ein ungleichartiges Mischungsverhältnis von privat- und

öffentlich-rechtlichen Verbandsbestimmungen seines privaten Charakters entkleidet werden könne.

Wenn aber der Staat an eine Privatkorporation staatsrechtliche Privilegien zugesteht, so wird man nicht fehlgehen, anzunehmen, dass er dadurch einen durchgreifenden Unterschied markiert zwischen den in keinerlei organischer Beziehung zum Staate stehenden Genossenschaften und den irgendwie mit dem Staatswesen organisch verknüpften Verbandspersonen.

Somit ist der privaten Körperschaft keineswegs die Ausübung der einer öffentlichen Korporation zustehenden öffentlichen Rechte *eo ipso* verschlossen, vielmehr ist es nur eine thatsächliche Frage, ob der Staat diese Korporation, wenn sie ein bestimmtes öffentliches Recht für sich beansprucht, seinem Organismus einfügt und in seine Dienste nimmt. —

3. Andererseits ist von einigen Schriftstellern¹⁾ behauptet worden, dass die öffentlich-rechtliche Eigenschaft der öffentlichen Korporationen darin zu finden sei, dass dieselben, wenn es sich um Einziehung der Beiträge handelt, mit ihrer Beitreibung nicht auf den Rechtsweg verwiesen sind, sondern dieselbe im Verwaltungszwangsverfahren bewirken können, und dass regelmässig für die Ansprüche an das einzelne Mitglied ein Konkursvorrecht begründet ist.

Dass indessen in diesen Besonderheiten der beiderseitigen Daseinsordnungen ein charakteristisches Moment für deren Strukturen zu finden sei, ist wohl schwerlich zuzugeben. Die Berechtigung der öffentlich-rechtlichen

1) Förster-Eccius, Preussisches Privatrecht IV S. 676 und G. Meyer a. a. O. I S. 323.

Korporationen, die ihnen zustehenden Kompetenzen mittels Verwaltungszwangsverfahrens zu realisieren, ist ein einzelnes Individualrecht, stempelt aber eine Körperschaft noch nicht zum Staatsorgan und kommt auch erst dann zur Geltung, wenn eine Interessenschädigung unter dem Gesichtspunkte des Gemeinwohles stattgefunden hat, während das Wesen der Körperschaft im normalen Zustande von demselben gänzlich unberührt bleibt. Das Wesen einer Körperschaft in solcher Weise bestimmen zu wollen, wäre somit, wie Rosin¹⁾ treffend äussert, nichts anderes, als das Wesen eines physischen Organismus im Falle seiner Erkrankung nach denjenigen Heilmitteln feststellen zu wollen, welche auf Grund der Diagnose zu seiner Heilung in Anspruch genommen werden müssen.

Dass den öffentlich-rechtlichen Korporationen die Befugnis der administrativen Exekution erteilt worden ist, ist kein Argument für ihre gesellschaftliche Sonderstellung; ja, sie sind, wo ihnen ein solches Recht gewährt wird, nicht einmal in der Lage, dasselbe eigenmächtig zu realisieren, sondern müssen sich zu diesem Zweck an die kompetente Staats- und Gemeindebehörde wenden, welche sodann die Zwangsvollstreckung nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen in die Wege leitet, und zwar sind diese letzteren genau den Vorschriften der Civilprozessordnung nachgebildet.

Man kann also nicht sagen, dass die öffentlich-rechtlichen Korporationen den privaten gegenüber eine grössere Selbständigkeit besitzen.

Auch ist es verfehlt, anzunehmen, dass das Recht

1) Rosin a. a. O. S. 9.

der Administrativexekution ohne weiteres den öffentlichen Korporationen eben darum innewohne, weil sie eine öffentlich-rechtliche Persönlichkeit bilden, denn, um dasselbe ausüben zu können, bedarf es ihrer Verleihung. Auch finden sich zahlreiche Fälle, in denen sowohl das Reichs- wie Landesrecht für privatrechtliche Ansprüche eine vorläufige Vollstreckbarkeit im administrativen Wege für zulässig erachtet, ohne den dadurch sich oneriert Fühlenden das Recht zu benehmen, auf civilrichterliche Entscheidung zu provozieren.¹⁾

Die administrative Beitreibung der Beiträge ist also ein nur aus Zweckmässigkeitsgründen den öffentlich-rechtlichen Korporationen verliehenes, provisorisches Hilfsrecht, weil es für dieselben von wesentlicher Bedeutung ist, eine beschleunigte Realisation ihrer Forderungen an die Mitglieder, die sehr häufig betreffs ihrer Zahlungen eine Säumnis zu bethätigen pflegen, stattfinden zu lassen. Es würde hemmend auf den Geschäftsgang einwirken und denselben unter Umständen zeitweise lahm legen, wollte man den Genossenschaften zumuten, ihre Ansprüche gegen renitente Pflichtige zuvor im Prozesswege geltend zu machen. Für solche Fälle musste der Gesetzgeber ihnen eine Zwangsausführung der geschuldeten Leistung zugestehen, ohne die vorherige Mitwirkung der Gerichte in Bewegung zu setzen. Wenn aber der Gesetzgeber den öffentlichen Körperschaften im Gegensatz zu dem privatrechtlichen Prinzip, dass die Exekution nicht den Beginn, sondern das Ende des Streitverfahrens bilden soll, eine executio

1) v. Sarwey, Das öffentliche Recht und die Verwaltungsrechtspflege S. 629 f Nr. 7 und 8.

ad solvendum gestattete, so hat er damit keineswegs den Ausschluss einer richterlichen Entscheidung über den Anspruch selbst ausgesprochen, mag diese nun seitens der Verwaltungsgerichte oder Civilgerichte erfolgen. Immer wird es Sache des Richters sein, nachzuprüfen, inwieweit der von der Körperschaft geltend gemachte und durch die Exekution schon realisierte Anspruch begründet erscheint, insofern der von der Exekution Betroffene, welcher nunmehr in der Parteirolle eines Klägers aufzutreten hat, die Nichtberechtigung zu derselben behauptet.

Dass die administrative Exekutionsberechtigung eine besondere Potenzierung des genossenschaftlichen Herrschaftsrechts darstellt, kann somit schwerlich behauptet werden. Auch wird das Gegenteil dadurch zur Evidenz bewiesen, dass die administrative Vollstreckbarkeit nicht ausschliesslich zu Gunsten der öffentlichen Korporationen, sondern auch gegen dieselben zugelassen ist. Streitigkeiten über Beiträge und Unterstützungsansprüche eines Kassenmitgliedes werden nach § 58 des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 von der Aufsichtsbehörde vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges entschieden, jedoch kann an die Stelle des letzteren landesgesetzlich das Verwaltungsstreitverfahren gesetzt werden. Der § 58 gilt auch für die Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen §§ 65. 72. 73. Der Grund hierfür liegt darin, dass es für den erkrankten Arbeiter bei seiner durch die Erkrankung bedingten Erwerbsunfähigkeit von wesentlicher Bedeutung ist, schleunigst in den Besitz der nötigen Mittel zu gelangen, um der Not vorzubeugen.

4. Auch diejenige Theorie,¹⁾ wonach das charakteristische Kennzeichen der öffentlich-rechtlichen Korporation darin bestehen soll, dass sie der privaten gegenüber die abstrakte Fähigkeit habe, Privilegien zu besitzen, geht fehl, denn der Besitz solcher Privilegien kann unter Umständen auch der privaten Körperschaft erteilt werden, ohne dass dieselbe hierdurch ihren ursprünglichen Charakter einbüsst, während umgekehrt die öffentlich-rechtliche Genossenschaft nicht aufhört, eine publizistische zu sein, wenn man ihr einige dieser Privilegien nehmen wollte. Übrigens ist die Frage ganz unentschieden gelassen, wie der Inhalt der Privilegien beschaffen sein müsse, um den Begriff der öffentlichen Korporation zu erfüllen.

5. Eine weitere Kategorie von Schriftstellern²⁾ erblickt in der besonderen Qualifikation ihres Zweckes das entscheidende Merkmal der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, welche letzteren sich ausschliesslich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten und ihre Thätigkeit den öffentlichen Interessen widmeten.

Man kann sagen, dass in dieser Charakteristik das

1) Spohn, Badisches Staatskirchenrecht S. 3 und 4.

2) Zeller, Staat und Kirche S. 73 f.

v. Mohl, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik II S. 207, ferner auch Seydel, Das Gewerbepolizeirecht in Hirths Annalen 1881 S. 601 und scheinbar auch Gierke in seinem Genossenschaftsrecht II S. 830, wo er sagt: „Die Stadt war zunächst Person des öffentlichen Rechts. Erst in zweiter Reihe war sie Privatrechtsperson. Ebenso gehörten die meisten anderen Körperschaften ihrer eigentlichen Bestimmung nach in das Gebiet des öffentlichen Rechts. Es zeigten sich aber daneben die Anfänge selbständiger Körperschaftsbildung für Privatrechtsw Zwecke.“

Wahre mit dem Unrichtigen gemischt ist, denn insoweit der Zweck der Körperschaften der Erfüllung staatlicher Aufgaben gewidmet ist und sie integrierende Teile des staatlichen Organismus sind, muss man der obigen Meinung beipflichten. Dagegen hat dieselbe nicht Bestand, wenn man sich die öffentliche Korporation nur darin bethätigt denkt, dass sie eine gemeinnützige Wirksamkeit ausübt. Denn es giebt eine grosse Anzahl von Vereinen, deren Thätigkeit sich über die Grenze der materiellen Interessen ihrer Mitglieder erstreckt, ohne dass sie dadurch einen öffentlich-rechtlichen Charakter erlangen.

Vereine, welche sich zu einem gemeinnützigen Zwecke zusammenfinden, wie z. B. Verschönerungsvereine in ländlichen Gegenden, Bauvereine, welche die Beschaffung billiger Wohnungen für ihre Mitglieder bezwecken, Vereine, welche sich bilden, um durch Hingabe von Unterstützungen an Verarmte dem Umsichgreifen der Bettelei entgegenzuwirken, sind gemeinnützige Vereine, welche sich nicht bloss auf die Interessen ihrer einzelnen Mitglieder beschränken.¹⁾

Aber auch die Ansicht derer, welche sich damit begnügt, diejenigen Korporationen als öffentlich-rechtliche zu charakterisieren, denen Aufgaben der staatlichen Verwaltung übertragen worden sind, verdient keinen Beifall.²⁾

1) v. Stengel, Die Organisation der preussischen Verwaltung nach den neuen Reformgesetzen S. 11, bezeichnet als öffentliche Interessen solche, welche über die der einzelnen Mitglieder hinausgehen.

2) Seydel a. a. O.

Vermisst man bei ihr die genaue Angabe derjenigen staatlichen Aufgaben, welche dazu dienen, um die gewollte Erscheinung hervorzubringen, so giebt es auch publizistische Verbandskörper, denen, wie den Wassergenossenschaften, ausser der öffentlich-rechtlichen noch eine private Tendenz innewohnt.

Endlich hat man auch darin das unterscheidende Merkmal zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Korporationen zu finden vermeint, dass man sich auf die Staatsaufsicht beruft, welcher erstere unterliegen.¹⁾

Aber auch dieses Kriterium ist nicht erschöpfend, denn die Staatsaufsicht bildet nicht allein den Kern der Frage.

Sie erstreckt sich nicht bloss auf die verfassungsmässige Lebenssphäre der öffentlichen Körperschaften, um bei Konstatierung einer gesetz- und verfassungswidrigen Körperschaftshandlung und Lebensführung sie zur Erfüllung ihrer Lebensaufgabe anzuhalten und Repressionsmassregeln anzuwenden, sondern sie beschäftigt sich auch mit den Privatkorporationen. Bei letzteren pflegt freilich im neueren Recht ein besonderer Anspruch des Staates auf Unterlassung gesetz- und verfassungswidriger Handlungen nicht begründet zu sein, vielmehr entbehrt selbst das spezielle Verbot gewisser Körperschaftsaktionen bei Androhung der Nichtigkeit jeder Sanktion; allein anderseits wird doch z. B. bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften infolge solcher gesetzwidrigen Handlungen und Unterlassungen,

1) Löning a. a. O. S. 394 hinsichtlich der der Staatsaufsicht unterworfenen Wassergenossenschaften.

v. Stengel, a. a. O. S. 14 und 15.

welche das Gemeinwohl gefährden (§ 35 des Genossenschaftsgesetzes), bei eingeschriebenen Hilfskassen durch alle gesetz- und statutenwidrigen Beschlüsse und durch unzulässigen Ausschluss von Mitgliedern (§ 29 Nr. 3 und 6 des Gesetzes vom 7. April 1876) der Staat zu einer besonderen Reaktion gegen das Körperschaftsleben berufen.

Bei den öffentlichen Körperschaften pflegen dem Staate betreffs einzelner, besonders wichtiger Körperschaftsaktionen spezielle Aufsichtsmittel zu Gebote zu stehen, aber auch betreffs der Privatkörperschaften kann er eingreifend wirken, wenn die Erfüllung der Publizitätspflichten verzögert oder ignoriert wird, wie z. B., wenn es sich um die Berufung einer Mitgliederversammlung (§ 122 Abs. 3 des Preuss. Bergges.) u. s. w. handelt.

Das Kriterium der öffentlichen Korporationen gegenüber den privatrechtlichen kann nur durch ein genaues Fixieren ihrer Verhältnisse zum Staate gefunden werden.

Die öffentlich-rechtlichen Korporationen sind Vereine mit juristischer Persönlichkeit zur Führung eines Stückes öffentlicher Verwaltung.¹⁾ Dadurch, dass ihnen eine solche Verwaltung anvertraut ist, haben sie, wie Rosin²⁾ richtig bemerkt, eine gewisse Pflichtstellung zum Staate. Allein gleichwohl wohnt ihnen, trotzdem sie einen Teil des staatlichen Organismus bilden, doch ein eigener Wille inne; denn da sie neben dem Zweck, dem Staate zu dienen, auch noch einen anderen Zweck

1) Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht II S. 381.

2) Rosin, Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 18.

verfolgen, nämlich den ihrer eigenen Interessen, so herrscht bei ihnen ein gewisser Pflichtendualismus.

Darin, dass die Thätigkeit der Korporation darauf gerichtet ist, sich dem Staate dienstbar zu machen und dem Staate gewisse Aufgaben abzunehmen, um sie kraft der ihr innewohnenden publizistischen Rechtspflicht selbständig zu erfüllen, liegt das gemeinsame Kriterium aller öffentlichen Korporationen gegenüber den dieser Pflicht entbehrenden Privatkorporationen.

Somit kann es auch nicht auffallen, dass von zwei ganz denselben Zweck erstrebenden Korporationen die eine als öffentliche, die andere dagegen als private zu gelten hat.²⁾ Denn während erstere mit ihrer Zweckerfüllung lediglich eine Pflichterfüllung dem Staate gegenüber ausdrückt, indem sie nämlich ihre eigenen Interessen mit denen des Staates in Verbindung setzt, fehlt der privaten Korporation ein solches Pflichtverhältnis zum Staate gänzlich, und ihre Lebensthätigkeit steht mit dem Staate in keinerlei Verbindung.

Aus diesem der öffentlichen Korporation innewohnenden Pflichtverhältnis ergibt sich für den Staat das Recht, eine Kontrolle über dasselbe auszuüben. Er hat, um festzustellen, ob auch die der öffentlichen Korporation gebotene Pflichterfüllung eine volle und ganze sei, das Recht der Überwachung. Während also in der Pflicht der Korporation dem Staate gegenüber zum Gebundensein an den Willen des Staates das Hauptmoment ihres Verhältnisses zum Staate liegt, können die den Korporationen staatlicherseits gewährten Privilegien für die Definition des Begriffes des publi-

1) Rosin a. a. O. S. 19.

zistischen Charakters nur nebensächlich in Frage kommen. Individuelle Vorteilsrechte, die den einzelnen Mitgliedern dieser Körperschaften vom Staate eingeräumt werden, haben lediglich den Zweck, ihnen die Möglichkeit zu gewähren, ihre im Dienste der Gesamtheit stehende Thätigkeit zu erleichtern. Aber sie dienen nicht dazu, jene Faktoren durch diese Privilegien als Organe eines öffentlichen Organismus zu charakterisieren. Um ein civilistisch zutreffendes Bild zu gebrauchen, wird man die öffentliche Korporation in Bezug auf die Erfüllung der ihr überwiesenen Aufgaben dem Staate gegenüber als *procurator in rem suam* bezeichnen können, nicht aber als dessen blossen Mandatar; denn der Staat beansprucht, dass die der Korporation übertragenen Aufgaben in seinem Sinne ihre Lösung finden, wobei aber die Korporation diese Aufgaben nunmehr als ihre eigenen betrachtet. Sie betreibt also, auch wenn eine materielle Identität der von ihr bewirkten Thätigkeit mit der ihr vom Staate überwiesenen vorliegt, diese Thätigkeit für eigene Rechnung. Sie ist der verkörperte Wille des Staates, aber unter Wahrung ihrer eigenen Interessen, und dadurch unterscheidet sie sich von einem Mandatar, dem der Staat einen Auftrag erteilt, dessen Erfüllung sich lediglich als eine Pflicht des Gehorsams hinstellt.

Ein Anklingen an diese Auffassung der Zweckerfüllung der Korporation findet sich schon bei Zeller¹⁾ und Bierling,²⁾ obschon der letztere sich nicht mit

1) Zeller a. a. O. S. 74.

2) Bierling, Zur Kritik der juristischen Grundbegriffe II S. 153.

dem Inhalt der Pflichten beschäftigt, welche die öffentlichen Korporationen dem Staate gegenüber zu erfüllen haben, und ersterer in den der öffentlichen Korporation gewährten Privilegien nur ein Symptom für eine besondere Qualität ihres Zweckes sieht.

Am treffendsten definiert Rosin¹⁾ die öffentliche Korporation als „diejenige Genossenschaft, welche kraft öffentlichen Rechts dem Staate zur Erfüllung ihres Zweckes verpflichtet ist.“

Allein dieser Definition fehlt das erwähnte Merkmal der Funktion als *procurator in rem suam*, sodass man zutreffender wird sagen können:

Eine öffentlich-rechtliche Korporation ist diejenige Körperschaft, welche kraft ihres Wesens und gemäss dem öffentlichen Recht dem Staate zur Erfüllung einer ihr überwiesenen Staatsaufgabe verpflichtet ist, und welche diese Staatsaufgabe als ihren eigenen korporativen Zweck selbständig zu betreiben hat.

Dass u. a. Preuss²⁾ sich der Definition Rosins gegenüber ablehnend verhält, weil sie auf der von ihm verworfenen Zwecktheorie und darauf beruhe, dass sie in aprioristischer Weise vom Staate ausgehe, kann m. E. die Stabilität der Rosin'schen Theorie nicht erschüttern. Denn abgesehen davon, dass es ein Verkennen des Wesens der öffentlichen Korporation ist, wenn man nicht zugeben will, dass sie einem bestimm-

1) Rosin a. a. O. S. 18.

2) Preuss, Gemeinde, Staat, Reich als Gebietskörperschaften S. 258.

ten, vom Staate beeinflussten Lebenszwecke dient, sodass dieser als konstitutives Element des Persönlichkeitsbegriffes auszuscheiden hätte, kann man auch dem Staate, weil er selbst als Körperschaft gedacht wird, nicht das Recht versagen, eine Kontrolle über eine andere Körperschaft, die ihm subordiniert ist, auszuüben.

Denn ein Recht steht jemandem zu eigenem Recht zu, wenn er in Ausübung desselben nur der Vollstrecker seines eigenen Willens ist.

Die öffentlich-rechtliche Korporation hat nun zwar ebenfalls ihr eigenes Recht, aber dieses eigene Recht wurzelt wieder in der ihr überwiesenen Stellvertretungsbefugnis, sie hat auch, wie bereits erwähnt, ihren eigenen Willen, aber dieser eigene Wille deckt sich mit dem des Staates.

Zwar meint Georg Meyer,¹⁾ dass die Rosin'sche Theorie und folglich auch die unsrige deshalb nicht als zutreffend gelte, weil nicht bloss die öffentlichen, sondern auch Privatkorporationen zur Erfüllung ihres Zweckes dem Staate verpflichtet seien, allein er übersieht, dass die Pflichterfüllung der privaten und öffentlichen Korporation dem Staate gegenüber eine keineswegs identische ist.

Denn wenn eine Privatkorporation einer Aufsicht über die ihrerseits zu erfüllenden Zwecke seitens des Staates unterliegt, so hat diese Staatsaufsicht über die auf Erreichung des Zweckes gerichteten Bestrebungen nichts anderes zu bedeuten, als dass der Staat es sich

1) Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts I § 5 S. 24 Note 48.

im eigenen Interesse zur Aufgabe machen muss, darüber zu wachen, dass die von der Körperschaft erfolgende Verwaltung ihrer Angelegenheiten nicht in einer das Staatswohl beeinträchtigenden Weise geführt wird. Die private Korporation hat somit ebenfalls Pflichten gegen den Staat, aber dieselben sind ganz anders geartet, als diejenigen der öffentlichen Genossenschaft. Dagegen ist der Rahmen dieser Verpflichtungen nicht soweit erweitert, dass er seine individuellen Kräfte in den Dienst des Staates stellte.

Letzterer verhält sich ihrer Entwicklung gegenüber gänzlich passiv und übt keine Rechte aus, die sich auf eine Einwirkung auf die Zweckerfüllung der privaten Körperschaft erstrecken könnte. Die private Korporation hat eine ihr völlig freigegebene Bahn für ihre Thätigkeit, und wenn sie auf derselben gleichwohl der Erfüllung eines Zweckes nachstrebt, der auch als Ziel seiner Bestrebungen für eine öffentliche Genossenschaft dient, so sind beide Körperschaften dadurch noch keineswegs in ein und dasselbe Rechtsverhältnis zum Staate getreten.

In ähnlicher Weise kann eine Stiftung aus dem Grunde nicht zu einer öffentlichen Anstalt werden, weil sie entsprechend der ihr zu Grunde liegenden Stiftungs-urkunde das ihr überwiesene Vermögen zu einem Zwecke verwendet, welcher den staatlichen Interessen entspricht und betreffs der Beobachtung ihrer Pflichten der Staatsaufsicht unterstellt ist; denn in diesem Falle beseelt nicht der Wille des Staates denjenigen der Stiftung, sondern die Ausübung seiner Aufsicht über die Stiftungsorgane ist die einzige Thätigkeit, welche er der Stiftung gegenüber äussert. So wird man auch

nicht sagen können, dass eine Bergwerksgesellschaft, welche sich zwecks Betreibung des Bergbaues konstituiert und gemäss den bestehenden Staatsgesetzen der Aufsicht des sie konzessionierenden Staates unterliegt, deshalb zu einer öffentlichen Korporation gestempelt wird, weil sie unter Umständen, d. h. wenn es dem Interesse des Staates entspricht, von diesem angehalten werden kann, das ihr verliehene Recht zur Ausübung zu bringen und nicht etwa ruhen zu lassen.

Denn die Einstellung des Betriebes kann unter Umständen von erheblichen Nachteilen für den Staat begleitet sein. Dadurch aber, dass die Gewerkschaft zu einer Thätigkeit verpflichtet wird, die dem Staatszwecke indirekt oder direkt dient, erlangt sie noch nicht die Struktur einer öffentlichen Korporation, denn sie ist nicht kraft öffentlichen Rechtes dem Staate zur Erfüllung ihres Zweckes verpflichtet.

Die der Privatkorporation auferlegten Pflichten gegen den Staat entspringen nicht aus ihrer Stellung diesem gegenüber, sondern werden als obligatorische Verbindlichkeiten durch eine gesetzliche Bestimmung erzeugt, welche für die öffentliche Genossenschaft deshalb nicht existent zu werden braucht, weil diese Verpflichtung ipso jure vorhanden ist und mangels ihres Daseins der betreffenden Körperschaft der Charakter einer öffentlichen benommen sein würde.



Wolff, Franz

Der Staat und die öffentlich-rechtlichen Korporationen

Erlangen 1897

Pol.g. 1003 og

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11823166-6